Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407

Nr. 189 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Mittwoch, den 20. August 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. – | 3. Jahrgang

Zusammengebrochene Illusionen.

Halle, den 20. August 1919.

Der furchtbare, vieljährige Krieg hat unser Volk in die denkbar tiefste Not gebracht. Höher und höher schlugen die Wogen des Le des und drohten über uns zusammenzuschlagen. Heute können wir sagen, daß die Krise überwunden ist, daß es wieder aufwärts geht und daß vieles wieder besser geworden ist. Trotzdem aber rütteln und schütteln noch Fieberschauer das deutsche Volk und schaffen ihm recht unangenehme Situationen. Der Streik im oberschlesischen Kohlengebiet läßt allmählich Ursachen seines Entstandes erkennen, die mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft nichts mehr zu tun haben; oder, wenn es schon etwa n cht Ursachen wären, so doch gewiß unmittelbare Folgen: die Polen sind eifrig am Werk, die unruhige, verderbenschwangere Atmosphäre des Kohlenstreiks auszunützen und, der im Friedensvertrag zugestandenen Volksabstimmung vorgreifend, das ganze Gebiet durch Hallersche Truppen zu besetzen.

Die Parallelität, ja mehr, die Wesensgleichheit der Ereignisse allüberall dort, wo der Streik zum politischen wird, ist zu auffallend, als daß sie nicht zu Verständnis und Erkenntnis vergangener und leider noch immer als zukünftige drohender Geschehnisse führen sollte. Hier wie dort in Oberschlesien und sonstwo im Reiche immer dasselbe Bild: Vielfach berechtigte Klagen mit wirtschaftlichem Hintergrunde, die durch sachgemäße Kritik unserer verantwortlichen Regierungen beeinflußt und schließlich doch auch beseitigt zu werden vermögen; aber schon zeigen sich agitatorische Nebenwirkungen, die unter dem Mantel der Sachlichkeit andere, auf politischen Eigennutz gerichtete Schlagwörter in die aufgeregten Massen werfen; und plötzlich steht mit aller Klarheit das bisher verdeckte Ziel vor aller Augen. Nach diesem Schema arbeitet d'e Reaktion von rechts, der Putsch von links, und eben auch die Polen in Oberschlesien.

Unabhängig davon und unbeirrt von Haß, Geschrei und Mißverständnis schritten diejenigen bisher durch die Wirrnis, die das Volk aus ihr zu klarem Erkennen des Notwendigen führen wollen. Menschlich nur allzu verständlich ist das

Irren und Suchen der Massen

durch die Dunkelheit der Gegenwart. Die alten Formen unserer Staatlichkeit und der Gesellschaft sind zerbrochen und die neuen naturgemäß nur in langsamem Werden; ein tiefes Mißbehagen durchzittert unsere Zeit; jeder fühlt, e ne neue will anbrechen, alle bisher höchsten Werte sind ins Wanken geraten; einen Willen, der einhellig in allen Köpfen wäre, gibt es noch nicht, und die bange, immer wieder sich vordrängende Frage nach Sinn und Inhalt unserer Zeit, wie der Zukunft ist ungelöst; die im Dunkeln tastende Hand zuckt stets neuerdings vor schmerzl cher Berührung des Irrtums zurück, und die Seele des Suchenden leidet ohne Ende unter der Qual der Enttäuschungen.

Aber vielleicht sind Ideale überhaupt nur auf Grund enttäuschender Hoffnungen möglich und das faustische Irren der deutschen Volksseele von heute eben die Bedingung künftiger Genesung! Müssen wir Strebenden und Suchenden, die wir damit das Schicksal aller Menschlichkeit nun auch in der Pol tik teilen, müssen wir es unser Ideal entgelten lassen und ihm entsagen, wenn die Illusionen getrogen haben?

Daß das Denken der durch fünf Kriegsjahre gepeitschten, mehr als jemals seelisch entrechteten Massen aus der Welt der Wirklichkeit ins Reich des Wahns geflüchtet war und sich dort aus den zerfließenden Wolken seine neuen höchsten Werte holen wollte, wer vermag es ihnen ernstlich zu verdenken? Daß sie heute

Unsinniges und Irriges arbeiten,

wer vermöchte es als nicht Allzumenschliches verstehen? Unsere Aufgabe war und ist, die im Wahne verwehenden Gedanken ins Reich der Wirklichkeit zurückzuführen, ohne Vertrauen jedoch zu unserem guten Willen jedoch Liebe dies ein aussichtsloses Unternehmen. Aber daß es auch solche gibt, die den Wahn um seiner selbst willen fanatisch pflegen; ja endlich solche, die ihn zum eigenen, engsten Parteikreis nur dienendem Zwecke benutzen, auch im Augenblick schwerster Gefahr für die Allgemeinheit gerade der Arbeitenden: das ist die Tatsache, die alle Illusion zerstört und neue Mittel zu gebrauchen, neue Wege aufzusuchen zwingt.

Wir müssen sie, getreu unserem unerschütterten sozialistischen Ideal, begehen. Vor allem neuerdings – was bisher niemals unterlassen worden ist – auf den Trennungsstrich der Grundsätze in alter Schärfe weisen: Wir lehnen den Terror der angreifenden blutigen Gewalt mit aller Schärfe ab. Solange die Herrschaft des Proletariats nur durch ihn erhalten werden könnte, ist sie für Sozialisten, die nicht nur Parteiwerkzeuge, sondern auch Menschen sind, eben unannehmbar. Was aber geschieht von den Kommunisten allüberall, wo sie die Leidenschaften der Massen schüren und benutzen? Ihre letzte Weisheit sitzt an den Mündungen der Maschinengewehre. Das war in Berlin, in München, in Budapest und Moskau in gleicher Weise zu erkennen.

Wir wissen, daß der Streik die schärfste Waffe der Arbeiter ist, um ihre wirtschaftl che Stellung zu erhöhen, sich gegen die Selbstsucht des Kapitals erst zu Kulturmenschen aufzuschwingen. Es soll ihnen mit den Betriebs- und Arbeiterräten ein Werkzeug in die Hand gegeben sein, das brauchbar und scharf die alte Bedeutung der den Produktionsprozeß Durchführenden in neue Wirklichkeit verwandeln soll. Was aber predigen die Kommunisten? Was ist ihr Ziel, zu dessen Erreichen sie jede, ihm auch völlig fremde Bewegung arglistig ausnutzen? Der Generalstreik zum

politischen Zweck der Rätediktatur

ist überall ihr einzig Sinnen und Trachten. Wer aber dürfte ihn heute guten Gewissens empfehlen, da unser Sein, das nackte, gewöhnliche, alltägliche Dasein auf dem Spiele steht? Sehen wir nur den Einzelheiten ins Gesicht! Eine Mill'arde an Gold bildet noch unseren Besitz an dem internationalen Tauschmittel. Was wir von draußen einführen, können wir keinem Kaufmann mehr mit deutschem Goldgeld bezahlen; für die Mark aber erscheint ihnen der dritte Teil eines Franken gerade noch d e obere Grenze des Wertes. Wir müssen ihnen als Tauschmittel anbieten, was sie von uns brauchen: Kali, Maschinen, Chemikalien, Kohlen. Kohlen vor allem und immer wieder Kohlen. Und wir haben sie, unsere Vatererde ist selbst nach dem Raub unserer besten Gebiete noch reich genug an schwarzen Diamanten, in dem täglichen Brot unserer Industrie, unserer Landwirtschaft, unseres ganzen Lebens! Für die Kohle gibt man uns Fett. Fleisch, Wolle, Kautschuk, alles was wir brauchen; die Kohle soll unsere Fischerdampfer treiben, die jetzt müßig im Hafen stehen; die Kohle soll unsere Eisenbahnen befähigen, die Ernte zur Verarbeitung, zur Verteilung zu bringen; die Kohle soll unsere Zuckerfabriken, unsere Herstellungsstätten von Maschinen und Chemikalien in Gang setzen; Kohle brauchen wir endlich für unsere frierenden Lieben, wenn der Winter ins Land gezogen sein wird – die Kommunisten aber und ihre unabhängigen Mitläufer predigen den Generalstreik; predigen ihn auch dann,

wenn die Leidenschaften wogen

gerade wegen des Mangels dessen, was uns die Kohlen und unsere Industriearbeit allein zu schaffen vermögen.

Wenn das n cht Wahnsinn, unlogischer, widersinniger Irrwahn ist, dann ist es eben Verbrechen!

Ein Verbrechen am ganzen Volke, Verbrechen an der Arbeiterschaft, Verbrechen am Sozialismus. Denn was steht hinter dem Chaos auf, das am Schlusse einer niederbrechenden Wirtschaft folgt? Was hat sich hinter der Räteherrschaft Budapests erhoben, und was wäre in Rußland die Folge, die die Sowjetdiktatur nur noch mit Aufgabe ihrer Grundsätze hintanzuhalten versteht? Eben die Reaktion, der bitterste Feind unseres sozialistischen Ideals.

Diese Erkenntnis des kommunistischen Irrtums oder Verbrechens bedeutet den

Zusammenbruch einer Illusion,

der Hoffnung auf einheitliche Arbeit des heutigen Proletariats. Sie wird uns nicht hindern, auf neuem Wege der Taktik unserem Ideale zuzustreben.

Eins auf die Nase.

Die „Freiheit" berichtet in ihrer Montag-Nummer über die Hallesche Mitgliederversammlung der U. S. P., in der sich diese für die Moskauer Internationale entschied. Das Zentralorgan der Unabhängigen druckt die in der Versammlung angenommene Resolution im Wortlaut ab und bemerkt dazu:

„Wie aus den ausführlichen Berichten über die Luzerner Konferenz und vor allem aus dem heutigen Artikel des Genossen Crispien, eines unserer Delegierten in Luzern, ersichtlich ist, geht die vorstehende Resolution von falschen Voraussetzungen aus. Es ist bedauerlich, daß in einer so wichtigen Frage ein Beschluß gefaßt werden konnte, ehe nur überhaupt Berichte über die Verhandlungen vorlagen."

So ist es r chtig. Das Hauptblatt der U. S. P. bestätigt den Halleschen Kämpen ihre – „Klugheit". Verwunderlich ist der Hereinfall der streitbaren Geister durchaus nicht, wenn man bedenkt, daß die Unabhängigen hier, wie wir vor einigen Tagen festgestellt haben, nur mit Worten und Unreife Politik machen und blind und ohne jede Ueberlegung drauf los schlagen. Die Hauptsache ist ihnen, daß geschlagen wird, da verschlägt es auch nichts, wenn ein Kindlein, das kaum laufen kann, einem Kautsky verächtlich ins Gesicht spuckt. Die Lektion der „Freiheit" wird jedoch bei den Halleschen „Unbändigen" wenig fruchten, sie werden „unter bewährter Führung" weiter Entscheidungen treffen, ohne sich vorher über die Sachlage zu unterrichten. Die Mühe kann man sich ersparen, denn wenn man schon einmal „unabhängig" ist, dann muß man auch von allen Tatsachen unabhängig sein.

Noch nicht dagewesene Einschränkungen im Personenverkehr.

Die Kohlennot zwingt die Eisenbahnverwaltung zu bisher noch nicht dagewesenen Einschränkungen im Personenverkehr, die voraussichtlich z. T. schon am 1. September, z. T. am 1. Oktober Platz greifen werden.

Eisenbahnerstreik in Amerika.

Hollandsch Rieuwsbureau meldet aus New York: Sonntag morgen ist auf sämtlichen Linien der Interboro-Eisenbahn der allgemeine Streik verkündet worden. Auf allen Bahnen ruht der Betrieb. – (Reuter.) Der Streik auf der New Yorker Hochbahn ist beigelegt worden.

Amsterdam, 19. Aug. Einer Reuter-Meldung aus Washington zufolge teilen die Eisenbahnverwaltungen mit, daß der Streik der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten beendet ist.

Streik im Saarrevier.

Ueber Paris wird aus Saarbrücken gemeldet, daß im Saarrevier Bergarbeiterstreiks ausgebrochen sind. Es handelt sich jedoch nicht um eine von den Gewerkschaften geleitete Bewegung, sondern um einen sogenannten wilden Ausstand. Die französischen Militärbehörden sind sofort eingeschritten und haben den Streikausschuß verhaften lassen.

Beendigung des Straßenbahnerstreiks in Kassel.

Aus Kassel wird den „P. P. N." gedrahtet: Der am Freitag mittag 12 Uhr eingetretene Straßenbahnerstreik, der ohne jeden wirtschaftlichen oder politischen Einschlag eine reine Betriebsangelegenheit betraf, ist seit heute morgen beendigt. Es hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß der Baurat Witthoft, dessen Auftreten die Arbeiter zum Streik veranlaßt hatte, aus dem Betrieb ausscheidet.

Dänische Kartoffeln für Deutschland.

Infolge von Verhandlungen zwischen der dänischen Kartoffelbauverwaltung und der Reichsverteilungsstelle in Berlin über die Ausfuhr dänischer Kartoffeln nach Deutschland sollen sofort drei Millionen Tonnen Kartoffeln zum Preise für 30 Kronen für die Tonne ausgeführt werden.

Gegen die Losreißung der Pfalz.

Mannheim, 19. Aug. Als angeblichen Verfasser eines Flugblattes, das sich gegen die Anhänger des Bundes „Freie Pfalz" richtet, haben die Franzosen, laut „Lok.-Anz.", den sozialdemokratischen Stadtrat Friedrich Oler in Speier gefesselt ins Gefängnis abgeführt. Später verhafteten sie auch seine Frau und seinen 14jährigen Sohn. Die ganze Wohnung wurde nach Beweismaterial durchsucht und vor das Haus zwei Wachtposten mit aufgepflanztem Seitengewehr gestellt. Der Zwischenfall wurde in Speier schnell bekannt und versetzte die Bevölkerung in größte Erregung. Zum Protest sind heute sämtliche Arbeiter aller Betriebe sowie sämtliche staatlichen, städtischen und privaten Beamten in den Streik getreten, so daß auch die Zeitungen nicht erscheinen konnten. Sämtliche Läden blieben geschlossen. – Die Landauer Anhänger einer unabhängigen Republik Pfalz sind als die Urheber der Verhaftung zu betrachten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190820-12/fragment/page=0001

Der Eid auf die Verfassung.

WTB. Weimar, 19. Aug. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses der Nationalversammlung wird die Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert am Donnerstag, den 21. August nachmittag 3 Uhr stattfinden.

Der Augenblick, in dem das erste freigewählte Oberhaupt der deutschen Republik seinen Eid auf die neue Verfassung ablegt, ist wichtig genug für eine kurze rückschauende Betrachtung. Der 21. August, der Tag der Eidesleistung, schließt einen Abschnitt der deutschen Geschichte, der am 9. November 1918 mit der Ausrufung der Republik beginnt. Es ist einer der dunkelsten und trübsten Abschnitte in der Geschichte unseres Volkes. Sein Lichtpunkt aber und der Stützpunkt aller unserer Hoffnungen ist das Ereignis, das sich mit dem 20. August vollendet. Daß das deutsche Volk in dem Augenblick, in dem es den Abgrund erkannte, an den es seine alten Führer geführt hatten, imstande war, das Faule und Morsche von sich abzuschütteln, war ein Zeichen seiner Kraft, daß es ihm durch seine gewählten Vertreter gelungen ist, inmitten von äußern und innern Schwierigkeiten, an deren Größe keine Phantasie heranreicht, ein neues System seiner innern Ordnung aufzurichten, ist zugleich auch ein Zeichen seiner politischen Reife und Einsicht.

Die Geschichte der Revolutionen kennt viele Eide auf die Verfassung, aber keinen, der sich mit diesem vergleichen ließe. Wer ihn leistet, ist einer aus unsern Reihen, aus der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie. So ist die Zeremonie des 20. August zugleich auch ein Sinnbild des zum Siege vordrängenden proletarischen Klassenkampfes. Nur ein gänzlich Verblendeter, dessen Sehkraft durch spartakistische und unabhängige Vorstellungen getrübt ist, kann die Bedeutung dieses Vorganges verkennen. Als die Hohenzollern durch den Sieg von 1870/71 zum Kaiserthron emporstiegen, schrieb der alte fromme Wilhelm: „Welche Wendung durch Gottes Fügung.“ Achtundvierzig Jahre später welche Wendung durch die Macht der Entwicklung und die trotz aller unzerstörbar wachsenden Kraft der Arbeiterklasse.

Was man der Verfassung im einzelnen auch vorwerfen mag, als Ganzes stellt sie unter allen existierenden Verfassungen den am besten gelungenen Versuch dar, den Willen des Volkes als Staatswillen in Erscheinung treten zu lassen. Indem die Sozialdemokratie das Entscheidende dazu tat, um in Deutschland die Staatsform der modernen Demokratie zu verwirklichen, hat sie nicht, wie wirre Apostel behaupten, ihr Programm verraten, sondern es vielmehr in einem seiner wichtigsten Punkte durchgeführt. Jahrzehntelang haben wir Sozialdemokraten für die moderne Demokratie gekämpft, und stets haben wir behauptet, daß auf ihrem Boden eine unblutige, gewaltlose Entwicklung bis zum vollen Siege der Arbeiterklasse und des Sozialismus möglich sei. Mit schmerzlichem Staunen sehen wir, daß manche, die früher mit uns für die gleiche Ueberzeugung gekämpft haben, jetzt alles tun, um sie durch die Tat zu widerlegen. Aber diese Versuche werden vergeblich bleiben. Immer klarer dringt auch bei jenen Massen, die im ersten Augenblick der Verführungskraft eines neuen Schlagwortes unterlagen, die Einsicht durch, daß das Glück des arbeitenden Volkes auf den Trümmern der Demokratie nicht zu finden ist und daß es über diese hinaus keine jenseitige Staatsform gibt, die den berechtigten Drang nach Freiheit und Wohlfahrt besser befriedigen könnte. Auch die Unzufriedensten werden schließlich sich in dem „Gegenwartsstaat“ der demokratischen Republik einrichten und begreifen lernen, daß hier die besten staatsrechtlichen Grundlagen für den methodischen Neuaufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung gegeben sind.

Der Eid des Reichspräsidenten enthält das Gelöbnis, die freie Verfassung der deutschen Republik nicht nur zu achten, sondern sie auch zu schützen. In der gleichen Weise wird auch die Beamtenschaft und das Militär verpflichtet werden. Diese Verpflichtung ist eine durchaus freiwillige, denn es hat jeder, der sie nicht einsehen will, das Recht und die Möglichkeit zu gehen. Ihre Freiwilligkeit macht nur umso stärker. Die Erkenntnis der gegebenen Kräfteverhältnisse sollte kleine Minderheiten vor dem wahnwitzigen Versuch warnen, die neue Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen. Alle sozialdemokratisch denkenden Arbeiter müssen zusammenstehen, um dafür zu sorgen, daß die schmachvolle Periode blutiger Machtkämpfe abgeschlossen sei und sich niemals wiederhole. Die neue Verfassung bietet jeder Ansicht, jeder politischen Richtung die Möglichkeit, sich durch die Kraft der freien Ueberzeugung zur herrschenden Macht im Staate emporzuheben. Wer aber widerrechtlich die Gewalt an sich zu reißen versucht, möge er von welcher Seite immer kommen, möge erfahren, daß das deutsche Volk die errungenen Freiheiten nicht in leichtfertigen Abenteuern opfern will, daß es vielmehr bereit ist, sie mit strafender Hand gegen alle Antastungen zu schützen.

Der 21. August soll uns kein End- und Ruhepunkt sein, sondern ein Markstein, über den es hinaus weiter und vorwärts geht. Die Mehrheit will nicht zurück in Blut und Trümmer, sondern vorwärts und will aufbauen. In diesem Sinn stehen wir alle mit Fritz Ebert zur neuen Verfassung zur deutschen Republik.

Alldeutsche Geldgeber der Kommunisten.

Die „Fränkische Tagespost“, unser Nürnberger Parteiblatt, veröffentlicht eine Anzahl von Dokumenten, die wieder einmal den Beweis dafür erbringen, daß die Kommunisten nicht nur durch ihre Putsche allen Feinden der Republik in die Hände arbeiten, sondern auch direkt von diesen gekauft sind. In Nürnberg besteht ein deutschvölkischer Bund, dessen Hauptmacher ein ausgedienter reaktionärer General und ein Nürnberger Großkaufmann sind. Die führenden Mitglieder des deutsch-völkischen Bundes haben sich nun mit den Nürnberger Kommunistenführern Schmidt, Kleinlein und Tonath in einer Wirtschaft in der Steinbühler Straße getroffen und dort mit ihnen die Gründung einer antisemitisch-bolschewistischen Zeitung „Der freie Arbeiterrat“ beschlossen. Das dazu nötige Geld wiesen die Deutsch-Völkischen durch Scheck an. Kleinlein konnte es aber nicht mehr abheben, weil er am 28. April auf Veranlassung des Generalkommandos wegen Hochverrats verhaftet wurde.

Die Kommunisten haben in einer ganzen Anzahl von Fällen von Behörden und Kapitalisten Geld erpreßt. In anderen Fällen haben Großunternehmer ihnen Geld aus Angst gegeben, in der Hoffnung, nach dem Siege der Kommunisten dann besser wegzukommen. Hier aber handelt es sich um ein planmäßiges politisches Zusammenwirken der Reaktionäre und der Ueberrevolutionäre zu gemeinsamem Kampf gegen die Republik und die Demokratie. Auch daran hat man seit langem nicht gezweifelt, aber hier hat man einmal die beteiligten Personen feststellen und sich des gesamten Beweismaterials bemächtigen können. Die Gewaltanbeter von rechts und links denken nicht nur ähnlich, sondern sie haben hier auch gemeinsame Kasse geführt.

Die Krise in Oberschlesien überwunden.

Berlin, 20. August. Die Meldungen, die gestern abend aus Oberschlesien hier eingelaufen sind, gestatten, der „Voss. Ztg.“ zufolge, den Schluß, daß die Krisis, wenigstens soweit die Kämpfe mit den Banden der polnischen Aufständischen in Frage kommen, überwunden sei. Die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes in einigen Bezirken hat auf die Spartakisten abschreckend gewirkt. Auch in der Streikbewegung sei ein Abflauen wahrnehmbar und selbst vorsichtig urteilende Stellen glauben mit der Beendigung des Streiks in den allernächsten Tagen rechnen zu dürfen. In der Arbeiterschaft macht sich zweifellos ein Umschwung der Stimmung bemerkbar, der auf das Wachsen der Erkenntnis zurückzuführen sei, daß der Streik nur den polnischen Insurgenten und den Spartakisten ein willkommenes Stichwort gewesen sei.

Berlin, 20. August. Eine Nachricht, daß interalliierte Truppen nach Oberschlesien geschickt werden sollen, wird als nicht wahr bezeichnet. Hingegen sei es wahrscheinlich, daß eine militärische Abordnung der Alliierten nach Oberschlesien gehen werde, um den Kampf zwischen Spartakisten, Polen und Deutschen, durch den die Kohlenkrisis Mitteleuropas verstärkt werde, beizulegen.

Der Krieg in Oberschlesien.

WTB. Kattowitz, 19. August. Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Die Lage im oberschlesischen Gebiet ist nach wie vor ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Es ist aber dringend notwendig, daß fortgesetzt Truppenverstärkungen in das Aufstandsgebiet gesandt werden, schon um die Grenzen ordnungsgemäß zu besetzen und die Verbindung zwischen den Insurgenten und den Polen unterbinden zu können. Die Lage im Kattowitzer Bezirk ist leider so, daß zwar Myslowitz und Kattowitz fest in den Händen unseres Militärs sind, daß aber die übrigen Teile dieses Bezirkes zum größten Teil als von den Insurgenten besetzt anzusehen sind. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk, aber auch hier ist sie ernst. In den Berichten aus dem Kattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Rosdzin, Schoppinitz, Janow und Gieschewald mit bewaffneten Banden statt, die mit Maschinengewehren und reichlicher Munition versehen waren. Leider ist es den Banden gelungen, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen Abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen auf Kattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden. Gegenwärtig ist die Lage derart, daß Kattowitz als fest in der Hand unserer Truppen gelten kann, daß aber die übrigen größeren Teile im Abschnitt als in der Gewalt der Insurgenten zu betrachten sind. Herangezogene weitere Truppenverstärkungen mußten die Aufgabe, die verloren gegangenen Teile dieses Bezirkes wiederzuerobern und eine feste Grenzlinie zu schaffen, ausführen. Aus dem Beuthener Bezirk wird gemeldet: Gegen abend werden von neuem starke Ansammlungen in Gegend Bielau, Sosulahütte, Orzegow, Hohenlinde, Schomberg und besonders Kuhnertmühle gemeldet. Die Truppen des Abschnittes Beuthen nahmen an der Säuberung in der Gegend Karf, Friedenshütte, Schlesiengrube, Piasniki und Königshütte teil. Für Beuthen wurde für alle Fälle eine größere Truppenmenge bereitgestellt. Die Nacht verlief verhältnismäßig ruhig. Gegen morgen wurden Teile des Detachements Wöllmann des Regiments 63 bei Karf, Beuthen, Piasniki, in der Gegend von Schomberg, Orzegow, Godulahütte und Morgenroth angesetzt, um die dort versammelten Insurgenten zu vertreiben und die Gegend zu säubern. Abschließende Nachrichten über den Erfolg dieser Unternehmungen stehen noch aus. Im Beuthener Bezirk sieht sich das Militär der Lage gewachsen. Ein Bataillon Verstärkung ist wieder eingetroffen.

Einstellung des Personenverkehrs.

WTB. Breslau, 19. August. (Drahtnachricht.) Weil die Zufuhren von Kohlen aus Oberschlesien infolge der neuerlichen allgemeinen Streiks völlig aufgehört haben, ist, wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau von Freitag, den 22. August, ab vorübergehend eingestellt werden muß, um den Güterverkehr und vor allem die Beförderung der Lebensmittel aufrecht zu erhalten.

Die Entente und Oberschlesien.

WTB. Paris, 19. August. Havas. Der Oberste Rat nahm gestern Kenntnis von dem Bericht über die Streiklage Oberschlesiens, welchen er über Warschau erhalten hatte und demzufolge der Streik 70 Prozent aller Unternehmungen umfaßt. Der Streik sei das Werk von Scharfmachern. Der Rat befaßte sich mit Festlegung von Mitteln, um die Lage zu verbessern. Sodann prüfte er die österreichische Note.

Steuerobstruktion in der Nationalversammlung.

Nach Verabschiedung der Verfassung haben die Unabhängigen stürmisch verlangt, daß die Nationalversammlung sofort aufgelöst und neugewählt werde. Sie haben dabei, zum Teil gewiß ohne es zu wissen, die Parole befolgt, welche ihnen von den Deutschnationalen suggeriert worden ist. Denn diese zittern für den Geldsack der Besitzenden, der allerdings durch die neuen Erzbergerschen Besitzsteuern mächtig angezapft wird.

Unsere Regierung hat sich indessen durch die gemeinsame Attacke von rechts und links nicht beirren lassen, sondern besteht darauf, daß im Laufe dieser Woche alle wichtigen und dringlichen Steuervorlagen, die neuen Kredite und möglichst auch das Betriebrätegesetz von der Nationalversammlung entweder verabschiedet oder wenigstens in erster Lesung durchberaten werden, damit während der Sommerpause die Ausschüsse die Vorlagen fertig machen können; dann werden sie im Herbst zu Ende beraten und können am 5. Oktober in Kraft treten. Die Regierung denkt deshalb nicht daran, die Nationalversammlung aufzulösen, ehe die neuen Steuern fertig und die wichtigsten Sozialisierungsgesetze verabschiedet sind.

Nebenbei kann die Nationalversammlung gar nicht aufgelöst werden, weil noch kein neues Wahlgesetz geschaffen ist. Und das neue Wahlgesetz kann nicht ausgearbeitet und beschlossen werden, ehe nicht der künftige Gebietsumfang des Reiches feststeht. Der aber hängt gegenwärtig noch ab von den Volksabstimmungen, die Ende dieses Jahres in Oberschlesien, Ostpreußen und Schleswig-Holstein vorgenommen werden. Wie könnte man also jetzt überhaupt an eine Neuwahl herangehen?!

Nachdem die Deutschnationalen gesehen haben, daß es ihnen nicht gelingt, durch Vorschicken der Unabhängigen die Nationalversammlung auseinanderzutreiben, haben sie jetzt offen zur Obstruktion zwecks Schutz der Geldsäcke übergehen müssen. Auch hierbei haben sie natürlich die Hilfe der Unabhängigen gefunden.

Sie bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses, das seit sechs Monaten ununterbrochen tagt und wohl Ende dieser Woche in die Ferien geht, weswegen eine nicht geringe Anzahl Mitglieder schon zu ihrer heimatlichen Arbeit zurückgekehrt sind. Sie versuchen alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel und Wege, um die Beschleunigung der Kredit- und Steuerberatung zu durchkreuzen.

Wir hoffen, daß die Mehrheitsparteien — zu denen wir in dieser Lage auch die Demokraten rechnen — alles aufbieten werden, um diesen gemeinsamen Feldzug der Unabhängigen und Alldeutschen zum Schutz der Kriegsgewinnler und Großkapitalisten zu durchkreuzen und daß sie von ihren eigenen Mitgliedern genug zur Stelle schaffen, um die Beschlußfähigkeit der Nationalversammlung zu sichern, auch wenn die Geldsackparteien rechts und links durch Verlassen des Saales zu obstruieren versuchen. Das Volk würde es den Mehrheitsparteien nicht verzeihen, wenn sie aus Lässigkeit die unabweislich notwendige Gesundung der Reichsfinanzen, die Voraussetzung der Gesundung der Wirtschaft, vereiteln oder hinauszögern ließen.

Die Übereifrigen.

Der Zentralrat. gez. M. Cohen, schreibt dem „Vorwärts“: In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 14. Aug. befindet sich unter der Ueberschrift „U. S. P. D., K. P. D. und der Neuaufbau der Arbeiterräte“ eine Mitteilung, in der es heißt, daß in den nächsten Tagen das vom Zentralrat ausgearbeitete neue Wahlreglement erscheine. Gegen dieses Wahlsystem protestiere die U. S. P. D. und die K. P. D. in schärfster Form.

Es ist richtig, daß das Wahlreglement des Zentralrats vom Aktionsausschuß nahezu fertiggestellt ist und in einer demnächst stattfindenden Gesamtsitzung des Zentralrats verabschiedet und dann veröffentlicht werden wird. Unbegreiflich dagegen ist es, wie die beiden genannten Parteien gegen ein Wahlreglment zu protestieren vermögen, das noch gar nicht veröffentlicht und das sie infolgedessen auch gar nicht kennen können.

Die neue 9 Milliarden-Anleihe.

WTB. Weimar, 19. August. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hielt heute eine längere Sitzung ab, in der zunächst der Reichsfinanzminister die Vorlage einer neuen Reichsanleihe von neun Milliarden begründete. Der Weg der Aufbringung wurde dabei sehr eingehend behandelt. Von einer freien Anleihe soll im gegenwärtigen Augenblick abgesehen werden, ebenso von einer Zwangsanleihe, da bei einer solchen die Verhältnisse der einzelnen nicht genügend berücksichtigt werden könnten. Den Vorschlägen einer Anzahl von Bankdirektoren folgend, soll eine Prämienanleihe bis zu 1000 Mark mit Abschnitten zu 100 Mark und 2 Prozent Zinsen ausgegeben werden. 100 Mark sollen mit 110 Mark zurückgezahlt und die Anleihe in 80 Jahren getilgt werden. Die Stücke der Prämienanleihe sollen steuerlich begünstigt werden, damit so ein besonderer Vorzug und Anreiz für die neue Anleihe geschafft werde. Minister Erzberger wünschte weiter Genehmigung der Mittel für die in Aussicht genommene Beamtenentschuldung (1000 Mark für Verheiratete, 600 Mark für Unverheiratete) und besprach weiter Hilfsmaßnahmen für die Auslandsdeutschen. Der Wiederaufbau der Handelsflotte durch die Reedervereinigung soll gefördert werden. Das Gesetz über Wiederaufbau der Handelsflotte werde dadurch hinfällig.

Die Frauen, die Kriegsgefangenen und der Reichskanzler.

Weimar, 19. August. WTB. meldet: Der Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Aeußern und anderer Mitglieder des Kabinetts 50 Frauen aus allen Teilen Deutschlands empfangen, die der Nationalbund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen nach Weimar entsandt hat. Durch drei Sprecherinnen brachten die Frauen das Verlangen vor, die Reichsregierung solle auf baldigste Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Ententemächte hinwirken. Außerdem verlangte der Bund Kenntnis der Gründe, die bis jetzt die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen verhindert hätten, größte Dringlichkeit der Heimbeförderung der Gefangenen aus Sibirien und eine regelmäßige Berichterstattung in der Presse, um den irreführenden Berichten und falschen Nachrichten in der Kriegsgefangenenfrage entgegenzutreten. Der Reichskanzler legte in ausführlichen Darlegungen die Haltung der Regierung in dieser allen Deutschen, ohne Rücksicht auf Parteistellung in gleicher Weise am Herzen liegenden Frage dar. Er sagte jegliche Unterstützung der Schritte zu, die von den Frauen selbst unternommen werden sollten und versprach die Entsendung einer Frauenkommission nach Versailles zur Unterstützung, die sich an Ort und Stelle überzeugen sollten, daß tatsächlich von der Regierung jede Möglichkeit ausgenützt werde und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die deutschen Kriegsgefangenenkommission in Versailles bis jetzt nicht zu Verhandlungen kommen konnte. Der Minister des Aeußern ergänzte diese Ausführungen noch in Einzelheiten und schloß sich der Versicherung des Reichskanzlers mit allem Nachdruck an. Die Abordnung verabschiedete sich mit mehrfach wiederholtem Dank und lebhafter Zustimmung zum Versprechen des Reichskanzlers, nunmehr gegen die falschen Gerüchte und Verhetzungen im Lande energisch aufzutreten.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 19. August. Die Neuregelung über den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist nach einem Beschluß der interalliierten Konferenz in Wiesbaden vom 9. August getroffen worden. Danach erhalten Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, wohnhaft im unbesetzten Deutschland, Einreiseerlaubnis für das besetzte Gebiet vermittels eines deutschen Passes, der mit dem Visum der alliierten Militärbehörde der Besatzungsarmee versehen ist. Für Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, die sich vom besetzten in das unbesetzte Deutschland begeben wollen, genügt ein Ausweis der militärischen Behörde der Besatzungsarmee. Beiderseits der Grenzen werden Paßbüros eingerichtet. Reisen von deutschen aktiven Militärpersonen in das besetzte Gebiet haben in Zivil zu erfolgen. Für die Abgeordneten der besetzten Gebiete werden Personalausweise mit dreimonatlicher Gültigkeit ausgestellt. Für die Reisen deutscher Beamten in das besetzte Gebiet zur Ausübung ihres Dienstes sollen vorläufig ausgestellte Spezialausweise ausgegeben werden.

Keine deutschen Käufe mehr in Dänemark und Holland.

Wie die „P. P. N.“ erfahren, hat das Reichsernährungsministerium mit Rücksicht auf die großen bereits erfolgten Einkäufe im Ausland und die gegenwärtige spekulative, unbegründete Herabdrückung der deutschen Valuta die Reichsstellen angewiesen, bis auf weiteres keine Einkäufe mehr in Dänemark oder Holland vorzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190820-12/fragment/page=0002

Westungarns Anschluß an Deutsch-Österreich.

Fürstenfeld, 18. August. An den Kommandanten der magyarischen Gewalt für Westungarn, Obersten Leher, wurde von 281 Gemeinden Westungarns ein Telegramm gesandt, in dem er von dem Anschluß des an Steiermark angrenzenden Teiles Westungarns an Deutsch-Oesterreich benachrichtigt und aufgefordert wird, keinen Versuch zu unternehmen, den einstimmigen und unbeeinflußt geäußerten Volkswillen zu beugen. Er würde sonst auf verzweifelten Widerstand stoßen.

An die Ententemissionen wurden gleichfalls Depeschen abgesandt, in denen ihnen entsprechend Mitteilung gemacht wird.

Ueberall herrscht, wie das Wiener Korr.-Bureau berichtet, in Westungarn und im Eisenburger Komitat ungeheurer Jubel und auf den Höhen brennen Freudenfeuer.

Die Bevölkerung des deutschen Teiles des Eisenburger Komitats hat an die Budapester Regierung ein Telegramm gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß die beglaubigten Vertreter aller Gemeinden des an Steiermark angrenzenden Teiles von Westungarn am 16. August ihren Anschluß an Deutsch-Oesterreich vollzogen und sich für die Zugehörigkeit zu Steiermark entschieden haben.

Die Antwort für Deutsch-Österreich.

Versailles, 19. August. Der Oberste Rat hat heute nachmittag eine Sitzung unter Vorsitz Poincarés abgehalten, ebenso die Kommission für das Baltikum, für Teschen und die adriatischen Fragen. Die Kommission für die Beantwortung der österreichischen Gegenvorschläge tagte heute vormittag. Man hofft Anfang nächster Woche den Oesterreichern die Antwort überreichen zu können, die diese nach Ablauf einiger Tage anzunehmen haben.

Der Krieg gegen die Bolschewisten.

Helsingfors, 19. August. (Reuter.) Britische Flugzeuge und Motorboote griffen am Montag Kronstadt an. Batterien erwiderten das Feuer. Ein Flugzeug wurde beschädigt.

Der „Orden der Roten Fahne".

Der Oberbefehl der russischen Roten Armee ist bekanntlich dem alten Zarenobersten Kamenew übertragen worden. Mit besonderem Vergnügen lesen wir jetzt, daß diesem Obersten Kamenew wegen seiner Siege über den General Koltschak der „Orden der Roten Fahne" in besonders feierlicher Form verliehen worden ist. Wir nehmen an, daß einer der jetzt arbeitslosen früheren Monarchen in Rußland eine gute Stellung finden kann, indem er der Sowjet-Republik ein anständiges Ordenswesen auszuarbeiten sich anbietet.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

WTB. **Amsterdam, 19. August. (Drahtnachricht.)** Laut Telegraaf wird aus Manchester gemeldet, daß der internationale Bergarbeiterkongreß am 25. August in Amsterdam stattfinden wird.

Die um Chemnitz versammelten Truppen sind Dienstag früh ohne Kampf in die Stadt eingerückt.

Postverbindung mit Italien. Wie der „Voss. Ztg." aus Rom berichtet wird, sandte das deutsche Postministerium am 18. August abends an das italienische Postministerium ein Telegramm, in dem es ankündigte, daß der direkte Dienst auf der Linie Berlin-Mailand wieder aufgenommen sei.

Aufhebung der englischen Einfuhrbeschränkungen. (Reuter.) Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die Regierung beschlossen hat, die Einfuhrbeschränkungen am 1. September aufzuheben.

Aus der Provinz.

Ein unabhängiger Betriebsrat von Unternehmers Gnaden.

Vor den Toren Merseburgs ragt, die ganze Gegend beherrschend, die unabhängige Zitadelle des hiesigen Bezirks, das Leunawerk, empor. Wie die Schlote und Hallen dieses riesigen Werkes dort dem Lande ihr Gepräge geben, und jedes andere Bild vor ihrer Mächtigkeit verschwindet, so herrschte auch die Partei der Unabhängigen weit in der Runde. Wohlgeborgen und unantastbar fühlten sich die Unentwegtenhäuptlinge in den Mauern dieser Hochburg, und so manches Wort des Spottes und des Hohnes schleuderten sie uns aus ihren wohlgefügten Reihen entgegen. Bei den Betriebsratswahlen zogen sie als Burgherren in die Direktorenstuben ein, getragen und bejubelt von ihren auf die versprochenen glücklichen Tage hoffenden Heerhaufen. Dann saßen sie Seite an Seite mit den Fabrikherren, spannen Gedanken, die ja legionenweise ein „prinzipienfestes sozialistisches" Hirn durchziehen, und schwangen das Burgszepter auf streng unabhängige Art, unabhängig von jedem Skrupel, unabhängig von Sitte und Moral, echt unentwegt und fessellos ihren „urchristlichen" Zielen folgend. Laut hallten bald die Klagen getreuer Wappenknechte durch die weiten Hallen. Gerade die wütensten und prächtigsten Sozialismusstreiter, die Kommunisten, mienen eine wundersame Mär, von einem Betriebsrat, der Frauen und Mädchen aus den Gärten dieses unabhängigen Paradieses „schiebt" und dafür Blutsverwandte einpflanzt, Vettern, Basen, Tanten, Töchter und sonstige „Vertraute" ziehen in bunter Reihenfolge durch weitgeöffnete Tore in das Reich des Glückes. Weiter hat einer der „Gewaltigen" nicht ganz vergeblich, vom Glorienschein seiner „gehobenen" Stellung verschönt, um die Liebe manches Burgfräuleins gekürt. Es ist doch auch ganz erklärlich, daß ein schönes Mädchen sich geschmeichelt fühlt, wenn der „Herr Rat" ihr gnädigst seine Aufmerksamkeit widmet. So ähnliche und noch schlimmere Kunde raunte man sich in den Reihen der wackeren Kampfgenossen zu. Unermüdlich schwoll der Strom der Unzufriedenen an und die Grundfesten des Vertrauens zu den „Führern" wurden immer mehr untergraben. Da versuchten es die Machthaber mit einem sehr radikalen Mittel, dem „Vertrauensvotum". Der Burgfriede sollte wieder hergestellt werden, denn unter seinem Schutze konnte man so schön „arbeiten", gegen die — „verräterischen Mehrheitssozialisten". Da man doch nicht gegen die Kapitalistenvertreter auftreten kann, wenn man so behaglich und vergnüglich mit ihnen an der Tafel vereint sitzt, ist dies jedoch verständlich. Die Abstimmung über das „Vertrauensvotum" kam und schwere Not drückte auf unabhängige Gemüter. Diese Not wurde jedoch bald von den unbändigen Betrübten genommen, denn die Werksgewaltigen selbst, die Unternehmervertreter, stellten den Schutzschild vor „ihren" Betriebsrat. Bald öffneten sich die Schleusen ihrer Einflußkanäle auf die 2000 Beamten, unter deren Reihen bald die Parole zirkulierte: „Die Werksverwaltung will den Betriebsrat halten und ersucht die Beamten, für denselben zu stimmen!" Pflichteifrige Befolgung dieses „Wunsches" zeigte herrliche Belohnung, denn mit 6000 gegen 4000 Stimmen wurde der wankende Betriebsratsthron „gefestigt". So mancher dankbare Händedruck wird dafür noch den getreuen Ekkehardts dieses famosen „unabhängigen" Betriebsrates, den Werksdirektoren, gespendet werden. Trotzdem wird so mancher Prophet dieser „überall siegenden" und sich immer „weiter ausbreitenden" „Erobererpartei" bei Bekanntwerden des Abstimmungsresultates Herzklopfen bekommen haben. Denn wenn selbst in der Leunaer „Hochburg" die Unabhängigen das Betriebsratsszepter nur mit Unternehmers Gnaden schwingen können, dann müssen doch vielen blindgeredeten Genossen die Augen aufgehen. Ja, ja, so ist es halt, wenn man „regieren" muß. Ob die Kapitalisten den Unabhängigen die Stange gehalten haben, weil sie ihre Agitationsphrasen verwirklichen und alle Kapitalisten bluten lassen wollen? Wenn es so wäre, würden ihnen dann die Unternehmer das Wort reden? Sind wir endlich im unabhängigen Traumland angelangt, wo der Wolf friedlich dem Schlafe die Jungen hütet? Kein Mensch wird daran glauben und in Wirklichkeit sind die unabhängigen Schäfchen nur kleine Wölflein geworden, die wohl und munter mit dem großen Wolf, den Leunaer Kapitalisten, mitquietschen. Ob aber die Arbeiterschaft dabei die versprochenen Wohltaten ihrer „unabhängigen Führer" bekommen wird? Wir glauben nicht daran. . . .

Rössen. Vertrauensmänner-Sitzung des Leunawerkes. Nach Entgegennahme verschiedener Wünsche seitens der Belegschaft kam der eigentliche brennende Punkt der heutigen Sitzung zur Sprache, und zwar Stellungnahme zu der von der K.P.D. geplanten Umwälzung des jetzigen Betriebsrates, der sich bekanntlich aus nur U.S.P.D.-Leuten zusammensetzt. Daniel (Betr.-Rats-Vorsitzender) spricht scharf gegen das Volksaufpeitschen der K.P.D. und deren bezahlte Redner, ohne die üblichen Seitenhiebe auf die vermaledeiten „Kaisersozialisten" zu verteilen. Er schlägt vor, eine Urabstimmung der gesamten Belegschaft vornehmen zu lassen, ob dieselben mit dem jetzigen Betriebsrat zufrieden ist oder nicht. Kollege Rehahn regt an, nur solche Leute als Vertrauensmänner zu wählen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben und nicht solche, welche gelegentlich einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen und ein paar große Worte machen. Es solle keine Geheimdiplomatie betrieben werden und alle Versammlungen sollten öffentlich stattfinden. Er erhebt den Vorwurf, der Betriebsrat sei einseitig zusammengesetzt, es sollten alle Parteien vertreten sein, so weit sie auf sozialistischem Boden ständen. Der jetzige Betriebsrat mache den Eindruck der Ueberbürdung, er wolle alles allein machen usw. Betriebsrat Daniel kneift, und erklärt, der letzte Vorwurf träfe nicht seine Person, sondern die Vertrauensleute. Auch mit der Zumutung, alle Versammlungen und Sitzungen öffentlich abzuhalten, kann er sich nicht befreunden, denn es würden oft wichtige Beschlüsse gefaßt, welche der breiten Masse nicht sofort bekannt gemacht werden sollen. Es sei doch ein gewisses geschicktes Manöver dazu notwendig, derartige Beschlüsse, wie Streik der Gesamtarbeiterschaft für Anerkennung der Betriebsräte, der voraussichtlich bald in Szene tritt und Wochen dauern könne, so lange wie möglich zu verheimlichen. Zu diesem Streik müsse man sich schon jetzt vorbereiten, da er auf der nächstens in Halle stattfindenden Betriebsrätekonferenz beschlossen werden soll. Also erstens Geheimhaltung der Beschlüsse bis zum Aeußersten, dann zweitens muß man vorbereitet sein. Welcher Gegensatz! Natürlich die Bonzen (wie der kommunistische Redner am Montag in der Versammlung die Führer der U.S.P.D. allerliebst betitelte) sind vorbereitet, die breiten Massen werden kommandiert — zum Streik natürlich. Daniel gibt noch bekannt, daß laut Beschluß der U.S.P.D. und K.P.D. der Boykott über die entlassenen „Noskejünger" aufgehoben sei. (Sehr human.) Man solle den Leuten, wenn sie die Arbeit in den verschiedenen Betrieben aufnehmen, nicht mit Mißtrauen begegnen, denn es seien doch meistens nur Arbeiterkinder. Durch die ganze Sitzung zog sich wie ein roter Faden versöhnliche Stimmung (namentlich vom Betriebsrats-Tisch). Sollte das ein werbendes Liebäugeln für die am Freitag stattgefundene Urabstimung sein?

—n. **Querfurt.** Oeffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei. Am Sonnabend abend zeigten die hiesigen Unabhängigen, die doch nach ihren eigenen Angaben den wahrhaft alleinseligmachenden Sozialismus verkörpern, wieder einmal, wie unendlich weit sie davon noch entfernt sind; zeigten aber auch, wie ängstlich sie ihre politisch völlig ungeschulten Anhänger vor jeder Aufklärung behüten, damit ja keiner einmal auf die Idee kommen könnte, selbständig zu denken, was gleichbedeutend mit — Abfall wäre! Genosse Drescher-Halle sprach in einem ausgezeichneten, vollkommen sachlichen Vortrage über „Die politische Lage". Die Unabhängigen waren unter Führung von Hennig-Merseburg in ziemlicher Anzahl erschienen in der offenkundigen Absicht, die Versammlung zu sprengen. Unser Genosse hatte kaum die einleitenden Sätze gesprochen, als schon Zwischenrufe und persönliche Anrempelungen ödester Art aus den unabhängigen Reihen ertönten. Als dann Gen. Drescher in Erwiderung auf einige Zwischenrufe erklärte, daß es nur der alten soz. Partei zu verdanken sei, daß der Anfang der Revolution unblutig verlaufen sei, wuchs der Lärm zum Tumult aus. Die Unabhängigen erklärten die Konstatierung dieser Tatsache für eine „Beschimpfung" und verlangten zu reden. Der Versammlungsleiter Gen. Behrendt hielt ihnen entgegen, daß es doch keine unabhängige Versammlung sei, in der Diskussion stünde ihnen jedoch uneingeschränkte Redefreiheit zu. Alle Versuche des Referenten, seinen Vortrag fortzusetzen, scheiterten jedoch an dem unsinnigen Verhalten der Unabhängigen, bei dem sich ihr Führer Hennig besonders hervortat. Um des Friedens willen ließ schließlich der Versammlungsleiter darüber abstimmen, ob der Redner seinen Vortrag fortsetzen solle oder nicht. Trotzdem die Versammlung für Fortsetzung des Vortrages war, bestritt Hennig in verleumderischer Weise die Richtigkeit der Auszählung und verließ mit seinen Anhängern unter demonstrativem Lärm und Beschimpfungen den Saal. Ein beschämendes Zeichen für die Unduldsamkeit der Unabhängigen und Beweis, was sie unter Demokratie verstehen. Gen. Drescher konnte nun seinen Vortrag fortsetzen, der in einen warmen Appell an das deutsche Volk zur Selbstbesinnung und tatkräftigen Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands ausklang. Genosse Behrendt führte dann noch Aussprüche unabh. Führer auf ihren Parteitagen usw. an, wo die Herren eine ganz andere Sprache redeten als vor ihren Wählermassen, denen sie meistens nur schlagwortreiche Hetzreden hielten. Damit schloß die aus allen Kreisen der Bevölkerung besuchte Versammlung. — Am Abend vorher hatte hier eine öffentliche kommunistische Versammlung stattgefunden, die von 47 Personen besucht war und in der sich der Führer der hiesigen Unabhängigen eine böse Abfuhr holte.

Gerbstedt. Stadtverordnetensitzung. Eingeführt wird an Stelle des durch Fortzug ausgeschiedenen Stadtv. Barthels (U. S. P.) der Stadtv. Karl Wiebach. Es wird ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, und zwar von den Mitgliedern der S. P. D. und U. S. P. D. dahinlautend, die Auslandswaren nicht teurer zu verkaufen als wie von den Reichsbehörden vorgeschrieben ist. Die Dringlichkeit wird anerkannt und beschlossen, diesen Antrag unter Punkt 19 der Tagesordnung mit zu verhandeln. Angenommen wird ein Antrag, die Feldwege in hiesiger Flur mit Obstbäumen zu bepflanzen. Der Magistrat hat beschlossen, 5 Armenpflegebezirke einzurichten; es werden 5 Genossen als Armenpfleger gewählt. Der Erlaß einer Baugebührenordnung durch den Landrat v. Mettenheim, welche ziemlich hohe Gebühren vorsieht und dadurch dem kleinen Manne das Bauen eines Wohnhauses unmöglich macht, wird abgelehnt. Dem Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Sätze des Reisekostenregulativs wird dahin zugestimmt, die Sätze einheitlich zu machen, so daß der Bürgermeister und ebenso der geringste städtische Beamte einen einheitlichen Satz erhalten. Diese sollen betragen, für Reisekosten 15 Mk. und an Kilometergeld 50 Pf., ferner soll nur 3. Klasse Bahnfahrt bezahlt werden. Der Magistrat wird ersucht, beim Kreiswirtschaftsamt vorstellig zu werden, daß die Auslandswaren nicht teurer verkauft werden wie in den Nachbarkreisen. Denn in andern Gemeinden kostet das amerikanische Weizenmehl 85 Pf. und hier 95 Pf. Desgleichen kostete der kürzlich verteilte Reis statt 2 Mk. 2,60 Mk. Der Magistrat stimmt zu und verspricht, in diesem Sinne sich bemühen zu wollen.

Delitzsch. Städtischer Lebensmittelverkauf. Auslands-Weizenmehl vom 18. bis 23. d. M. auf Abschnitt Nr. 92 der Lebensmittelscheine und gegen Vorzeigung der Brotkarten je 1 Pfund für 83 Pfennig in allen Verkaufsstellen; Selbstversorger ausgeschlossen. Butter: Wochenmenge 60 Gramm für 72 Pfennig. Kartoffeln: das Pfund für 18 Pfg. Margarine: auf Butterkarten je 50 Gramm für 33 Pfg.

Delitzsch. Käseverkauf. In der städtischen Verkaufsstelle, Augusta-Viktoriapromenade Nr. 6 wird Donnerstag, den 21. d. M. auf Abschnitt 149 je 1 Stück Käse für 41 Pfg. abgegeben. Verkaufszeit ist: Nachm. 2—3 Nr. 1471—1575, 3—4 Nr. 1576 bis 1680, 4—5 Nr. 1681—1820, 5—6 Nr. 1821—1960.

Bockwitz. Kartellbericht. Ein Schreiben vom Reichskommissar für Kohlenversorgung war eingegangen, in welchem auf die bevorstehenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung hingewiesen wurde. Zu einem Schreiben vom Kreiswohlfahrtsamt betreffs § 6 der Reichsverordnung für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge wurde Stellung genommen und die Kollegen Ed. Otto (Bergarb.), Fr. Noack (Met.-Arb.), H. Habermann (Masch. u. Heizer) und H. Ettrich (Bauarb.) in Vorschlag gebracht. Außerdem war ein Schreiben auf Anfrage des Vorsitzenden betreffs des Privateisenbahn-Beamten-Verbandes vom Vorstand des deutschen Eisenbahner-Verbandes eingegangen, in welchem auch hier darauf hingewiesen wurde, daß dieser nichts mit den freien Gewerkschaften gemein hat. Zu Punkt Gewerkschaftsfest wurde beschlossen, daß der Festbeitrag für Frauen 20 Pf. betragen soll. Die Spiele für Kinder sollen Montag 6 Uhr abends beginnen. Vor der Aufstellung zum Umzug soll eine Sitzung der Gewerkschaftsvertreter sowie Turnvereinsvorstände punkt 11 Uhr bei Gabriel stattfinden, in welcher die Verlosung zur Aufstellung vorgenommen werden soll. Die Gewerbetreibenden, welche einen Stand auf dem Festplatz beanspruchen, haben dies dem Vorsitzenden anzumelden. Die Abrechnung soll am darauf folgenden Sonnabend vorgenommen werden. Betreffs der Lokalfrage wurde beschlossen, bis zur nächsten Sitzung Umschau nach einem anderen Lokal zu halten, da der Besitzer trotz zweier Schreiben uns noch keine endgültige Antwort hat zugehen lassen. Es soll in nächster Sitzung beschlossen werden, welches Lokal wir in Anspruch nehmen. Für die Kollegen Fr. Bieback und P. Redlich sollen von der betreffenden Organisation andere Delegierte gewählt werden, da diese mehr als 3mal unentschuldigt gefehlt haben. Zum Schluß wurde noch lebhaft Klage geführt über die Gewerbetreibenden Böhme (Kleinleipisch) und Dietrich (Dolsthaida), welche trotz der gesetzlich eingeführten 8stündigen Arbeitszeit noch regelrecht 10 bis 12 Stunden ihre Arbeiter beschäftigen. Bemerkenswert ist noch, daß diese fast nur Lehrlinge beschäftigen, und diese in langer Arbeitszeit ausnützen. Sollte dies in Zukunft nicht unterlassen werden, sieht sich das Gewerkschaftskartell genötigt, weitere Schritte zu unternehmen.

Aus aller Welt.

Dessau. Wer Kartoffeln hat — bekommt auch Kohlen. Der Kreiskommunalverband beschlagnahmte in Elsnigk einen Waggon mit 80 Ztr. Kartoffeln, die der Amtsvorsteher Amtsrat Edeling aus Scheuder einer Kohlengrube senden wollte, um Kohlen dafür einzutauschen. Die Kartoffeln waren mit einer dünnen Schicht Karotten bedeckt und als solche deklariert. Die Kartoffeln wurden enteignet und der Verteilungsstelle zugeführt.

Berlin. Großfeuer. Ein Großfeuer, das in später Nachtstunde im Norden von Berlin auf einem Holzplatz in der Schwedenstraße, ausbrach, dehnte sich rasch über den ganzen Lagerplatz aus. Die herbeigeeilte Feuerwehr vermochte es nicht, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Auch die angrenzende Gemeindeschule und andere Bauten wurden mitergriffen. Kurz vor Mitternacht waren über 100 Fahrzeuge der Feuerwehr zur Stelle.

Düsseldorf, 19. Aug. Explosions-Unglück. Dienstag abend wollten mehrere Ulanen in der Kaserne eine Mine entladen, als diese plötzlich explodierte. Ein Unteroffizier, ein Gefreiter und ein Ulan wurden getötet, mehrere verletzt.

Vermischtes.

Sie gehört zu den „Unabhängigen"!

Der „Vorwärts" schreibt: Die „Freiheit" erzählt von Zeit zu Zeit ihren Lesern frohlockend, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu den „Unabhängigen" übergetreten sind. Daß auch „Unabhängige" den Weg zur sozialdemokratischen Partei zurückfinden, wird der „Freiheit" nicht unbekannt sein, aber so etwas übergeht sie mit Stillschweigen. Aus der 13. Abteilung unserer Berliner Parteiorganisation erfahren wir von dem Austritt eines Mitgliedes, das eine besondere Zierde der U.S.P.D. zu werden verspricht. Dem Abteilungsführer schrieb eine Frau:

„Bitte, streichen Sie mich, ich gehöre zu den „Unabhängigen".

So viel Schlechtes, wie ich in dieser Freiheitsregierung erlebt.

Unter den vielen Mitteln, die bei Rheumatismus, Gicht (Podagra), schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarmut, Bleichsucht, Nervosität angewendet werden, sind die natürlichen Heilwässer seit Jahrhunderten geschätzt. Auch besonders die neueren Forschungen der Wissenschaft haben das Ergebnis hervorgebracht, daß den natürlichen Mineralwässern unbedingt eine hervorragende Stelle einzuräumen ist. Diese Erkenntnis hat sich erklärlicherweise auch auf die breite Masse des Publikums übertragen, wo man sich heute darüber einig ist, daß durch den Genuß der von der Natur dargebotenen Quellen die besten Erfolge herbeigeführt werden. Unter den Mineralwässern ist besonders der Lauchstädter Brunnen zu empfehlen. Der Brunnen ist kein neues Präparat, dessen Wirkung noch nicht ausprobiert ist, vielmehr stützen sich die mit ihm erzielten Erfolge auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen hat den Vorzug, daß er angenehm und erfrischend schmeckt und im eigenen Heim ohne Rücksicht auf Beruf oder Geschäft getrunken werden kann. Man braucht keine teure Badereise zu machen, wenn man zu Hause mit der Familie frühmorgens, mittags und abends einige Gläser Brunnen trinkt.

Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen".

Haupt-Niederlage in Halle: Helmbold & Comp., Drogen- und Mineralbrunnenhandlung, Leipziger Straße 104, Fernsprecher Nr. 6094. — Lieferungen erfolgen frei Haus. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190820-12/fragment/page=0003

ist mir vordem nicht passiert. Ein Kistenkrize verbaute mir meine Fenster buchstäblich mit Kisten im Hofe. Als ich mich darüber beschwerte, bekomme ich die Antwort: Gehen Sie doch zur Polizei. Wir haben Freiheit! Seine Freiheit wird an uns zur Frechheit. Spendet uns die jetzige Regierung Beistand? Wahrhaftig, Wilhelm II. hat doch verstanden, solche Freiheitsmenschen in Zucht und Ordnung zu halten. Wo soll ich jetzt mein Recht suchen?"

Wir gönnen den „Unabhängigen" diesen Zuwachs von Herzen. Wir beglückwünschen die U. S. P. D. zu dem wohl schon vollzogenen Uebertritt der Verehererin Wilhelms II., der es „doch verstanden hat, solche Freiheitsmenschen in Zucht und Ordnung zu halten". Ist die Begründung, mit der die verbitterte Frau sich von der S. P. D. abwendet, nicht köstlich. So ähnlich sieht es in den Köpfen vieler von denen aus, die in ihrem Verdruß über große und kleine Nöte dieser Zeit zu den „Unabhängigen" liefen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Seydewitz. für den Anzeigenteil; Rudolf Kochanski beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G m b. H. in Halle Gr Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Waschmittelversorgung.

1. Zur Versorgung der Bevölkerung mit guter, reiner billiger, deutscher Seife hat der Ueberwachungsausschuß der Seifenindustrie folgende Maßnahmen getroffen.

Vom Monat September d. J. ab werden auf den Kopf der Bevölkerung wahlweise (nicht je) 50 Gramm folgender Erzeugnisse geliefert:

1. 80prozentige polierte Feinseife in 100-Grammstücken, das Stück zu 1,20 Mk. oder
2. 60—62prozentige reine Kernseife (gleich 72 Prozent französischer Zählung) in 100- oder 200-Grammstücken, das Stück zu 0,80 Mk. oder 1,60 Mk. oder
3. 80prozentige reine Rasierseife in 50-Grammstücken, das Stück zu 0,60 Mk.

2. Diese Erzeugnisse dürfen nur gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte abgegeben werden.

Es sind also erforderlich:
2 Feinseifenabschnitte für das Stück Feinseife zu 100 Gramm,
2 Feinseifenabschnitte für das Stück Kernseife zu 100 Gramm,
4 Feinseifenabschnitte für das Doppelstück Kernseife zu 200 Gr.
1. Feinseifenabschnitt für das Stück Rasierseife zu 50 Gramm.
Die K.-A.-Seife, welche bisher nur gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte abgegeben werden durfte, ist künftig markenfrei. Die erstmalige Abgabe der Erzeugnisse erfolgt gegen die Oktoberabschnitte der Seifenkarte. Die Feinseifenabschnitte der Monate Juli, August, September verfallen.

3. Die Verbraucher haben alsbald die Oktober-Feinseifenabschnitte bei ihren Lieferanten (Ladengeschäft, Kleinhändler) abzugeben. Sie erhalten dagegen einen Gutschein. Gegen den Gutschein wird ihnen im September die Seife abgegeben.

4. Im Oktober können die Verbraucher die Ware sofort im Laden gegen die November-Feinseifen-Abschnitte erhalten, ebenso im November gegen die Dezember-Abschnitte und so fort.

5. Die Wiederverkäufer haben die Oktober-Feinseifenkarten-Abschnitte, die die Kundschaft bei ihnen abgegeben hat, Anfang September an dem noch bekanntzugebenden Tage in gewohnter Weise gegen Empfangsbestätigungen bei der Bezugsscheinstelle abzuliefern. Die Abschnitte werden zusammengenommen, gleichgültig ob dagegen Feinseife, Kernseife oder Rasierseife bestellt werden soll. Es sind die alten Vordrucke für die „K.-A.-Seifen"-Empfangsbestätigungen mit dem Stempelaufdruck „Reine Seifen" zu verwenden.

6. Die Novemberabschnitte sind von den Wiederverkäufern Anfang November an dem noch bekanntzugebenden Tage gegen Empfangsbestätigungen bei der Bezugscheinstelle einzutauschen. Händler, die entgegen den Bestimmungen andere Abschnitte einreichen oder falsche Angaben machen, haben zu gewärtigen, daß sie dauernd vom späteren Bezug der neuen Erzeugnisse ausgeschlossen werden.

7. In späteren Monaten können auf Grund der Bestimmungen des Ueberwachungsausschusses die Feinseifenkarten-Abschnitte des laufenden und vergangenen Monats gegen Empfangsbestätigungen eingetauscht werden.

8. Die Wiederverkäufer erhalten gegen die Empfangsbestätigungen über die Oktober-Abschnitte von ihren Lieferanten sowohl im Monat September wie im Monat Oktober (also zweimal) die darauf angegebenen Warenmengen geliefert. Im Monat November erhalten sie Ware gegen die Empfangsbestätigungen über die Novemberabschnitte und in den folgenden Monaten entsprechend gegen die Empfangsbestätigungen für die Kartenabschnitte des vergangenen und des laufenden Monats (vgl. Ziffer 4 und 7).

Halle, den 20. August. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.
Betr. Futtermittel.

Infolge Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Heu und Strohs wird die Ausgabe von Erlaubnisscheinen zum Bezuge von Heu, Stroh und Häcksel durch unsere Futtermittelstelle vom 18. August 1919 ab endgültig eingestellt.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Futtermittel (Beifutter für Pferde, Geflügelfutter usw.) soweit sie noch der Zwangsbewirtschaftung unterliegen, nach wie vor durch unsere Futtermittelstelle, Rathausstraße 19, Zimmer 71/72, zur Verteilung kommen.

Halle, den 16. August. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Der für den 8. und 9. September d. J. vorgesehene Kram- und Viehmarkt ist durch Verfügung des Provinzialrats vom 13. August 1919 aufgehoben.

Halle, den 19. August 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat zu Armenpflegern gewählt: im 9. Armenbezirk den Bäckermeister Herrn Brandenburg, Zwingerstraße 19, und im 18. Armenbezirk den Drogisten, Herrn Otto Kreisel, Friedrichstraße Nr. 53.

Halle, den 11. August 1919. **Die Armen-Direktion.**

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 21. Aug. 1919 auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Krebs, Lerchenfeldstr. 22 und Milchhändler Hentze, Zenkerstr. 6. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pf. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 25. August abzuliefern.

Städtischer Verkauf von gemahlener Kaffee-Mischung, garantiert 30 Proz. reiner Bohnenkaffee, in der Talamtschule, am Donnerstag, den 21. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 24 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 24 001 bis 31 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund zum Preise von 75 Pf. für das Viertelpfund abgegeben werden.

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungs-Einrichtungen
Schlafzimmer. Grosse Ulrichstrasse 50, I. Geöffnet von 9—3. **Küchen.** 5640

Walhalla-Operettentheater.
Letzt. Gastspiel-Monat. Dir.: Felix Meinhardt.
Heute u. folgende Tage:
Das Gesetz.
Soziales Drama von Paul Bader.
Anfang 7½ Uhr. Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Hippodrom
Wintergarten
Direktion: Georg Arndt
Magdeburgerstr. 66
Fernspr. 2185.
Täglich
Erstklass. Varietee-Programm.
Jede Nummer eine Sehenswürdigkeit.
Es versäume niemand diesen großart. Spielplan zu besichtigen Tägl. ab 4 Uhr i. Gart. bei schlecht. Wetter im Saale des „Wintergartens"
Grosses Reit- und Sportfest.
Kassenöffnung 7 Uhr abends.

Thalia-Theater.
Kein Kino! Kein Kino!
Täglich abends 8 Uhr
das mit großem Beifall aufgenommene Schauspiel
Verlorene Töchter.
Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.
Vorverkauf: Zigarren-Geschäfte Nowack & Schmidt, Geiststraße 22, Fehling, Gr. Ulrichstr., Ecke Alte Promenade. Max Schulz, Gr. Ulrichstr., Ecke Gr. Steinstr.

Ab Freitag, den 22. August 1919:
U.T
Leipziger Str. 88 Fernruf 1224.
Gunnar Tolnaes in **„Lumpenprinzessin"**
Eine Geschichte für kleine Mädchen und solche, die kleine Mädchen lieb haben in 5 Akten.
Morgen letzter Tag: **Pola Negri in Kreuziget sie!**
Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
Henny Porten in **„Die beiden Gatten der Frau Ruth"**
Reizendes Lustspiel in 4 Akten.
Morgen letzter Tag: **Die Austernprinzessin.**

ZOO.
Donnerstag, d. 21. August, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr:
Konzert
von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: für Erwachsene 1 M (von 7 Uhr abends ab 75 Pfg.) Kinder 50 Pfg.
Wittekind-Dauerkarten haben zum Abendkonzert Gültigkeit.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Förster-Christl.
Operette von G. Jarno. Christl H. Janowitz.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Bad Wittekind.
Heute Mittwoch, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
vom Seifert-Orchester.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10

Beth's Bunte Bühne
B. B.B.
Täglich abends 7 Uhr
das 2. große Pracht-Programm
mit Max Frey, Wolf Lindau, Anni Edelweiß und Adolf Goedicke-Greifenberger. 5742

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der

Dampf-Waschanstalt Halloria
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.
Weil ich dort **binnen 8—10 Tagen** bedient werde.
Auf Wunsch wird auch ausgebessert.

Gebrauchte moderne
Schlafzimmer-Einrichtung
2 Bettstellen mit Spiral und guten Drellmatratzen Waschtoilette mit weißem Marmor. 2 Nachtschränkchen mit weißem Marmor, 1 Kleiderschrank für 1225 Mark verkauft 5751
Friedrich Peileke, Geiststraße 25.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen

Zu einer **wichtigen Besprechung** über die Zukunft unserer Heimatprovinzen
Ost- und Westpreußen
werden sämtliche in diesen Provinzen geborenen, in Halle und Umgegend wohnenden, über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts zu einer **Versammlung** am **Sonnabend, den 23. August, abends 8½ Uhr,** im **Ratskeller** eingeladen.
Es ist Ehrenpflicht jeder deutschen Frau und jedes deutschfühlenden Landsmannes zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Ost- und Westpreussenverein.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 :: Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert. 5835

Neu eingetroffen:
Handbuch der Dreherei
v. Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend. 41.—45. Auflage.
Preis 10,20 Mark.
Zu haben in der **Buchhandlung der „Volksstimme".**
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen!

Wollene Schlafdecken
zu verkaufen bei
Albert Martick Nachfolger
Halle, Alter Markt 2.

Reiner Rauch-Tabak
(Feinschnitt)
neu eingetroffen.
Zigarren und Zigaretten
in bekannten Qualitäten und allen Preislagen.
Otto Mertens, Gr. Steinstr. 54.

Moderne, eichen lackierte
Schlafzimmer
mit Matratzen sofort lieferbar für Mk. 1600.—. 5748
Albert Martick Nachfolger
Halle (Saale), Alter Markt 2

Reichsbund.
Unsere **Geschäftsstelle** befindet sich nicht mehr Südstraße 8, sondern
Neue Promenade 3.
Beratungsstunden für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: **Montag und Donnerstag** nachmittags von 3 bis 6 Uhr in der Geschäftsstelle.
Ortsgruppe Halle.
J. A.: Reinh. Fiedler, 1. Vors.

Neu erschienen:
„Wie es kam"
daß der Anstoß zur Revolution von der Flotte ausging.
Von L. Persius, Kapitän zur See a. D.
Preis: 25 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Neu erschienen:
Der Mißbrauch der Revolution
von Erdmann sen.
In diesem Heft wird die zum Ruin des Volkes führende Politik der Unabhängigen u. Kommunisten geschildert.
Preis 80 Pfg.
Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen.
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann,
Kleine Ulrichstrasse 36 a und b.
Vornehme u. einfache Wohnungs-Einrichtungen.
Zirka 200 Musterzimmer.

Gummilösung
beste Qualität,
Schnür-Senkel
in allen Farben
beziehen Wiederverkäufer am billigsten bei
Paul Andersch,
Magdeburgerstr. 8.

Handleiterwagen
in allen Größen.
Starke Eselwagen.
Räder in allen Größen.
Für Wiederverkäufer vorteilhaft. Beste Ausführung.
O. Kutscher. Moritzkirchhof 10.

Friedmann & Co.,
Bankhaus — Poststr. 2.
An- u. Verkauf von Kriegsanleihen und ander. Wertpapieren.

Krawatten und Binder
in sehr großer Auswahl
besonders preiswert.

Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts
Ecke Sternstraße. 5639

Reparaturen an Uhren 5934
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher, Gr. Steinstr. 85 (gegenüber Barfüßerstr.).

Ohrenarzt Dr. Hennes
auf 14 Tage verreist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919082O-12/fragment/page=0004

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar**, 19. Aug. 83. Sitzung. Am Regierungstisch: **Müller, Noske, Schmidt und Dr. Bell.**

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. **Seger** (U. S.) verweist in seiner Anfrage auf die bittere Notlage der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen und fragt, ob die Regierung ihnen durch hinreichende Unterstützung helfen will.

Geheimrat Freiherr von **Welser**: Die Fürsorge für diese Vertriebenen, deren Notlage der Regierung bekannt ist, ist dem Roten Kreuz übertragen worden. Auch Erwerbslosenunterstützung wird gewährt und besondere Aufmerksamkeit auf die Arbeitsvermittelung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederaufrichtung der Existenz gewährt werden. Ein Gesetz zur Regelung der Frage wird vorbereitet.

Abg. **Riedmiller** (Soz.) bringt in seiner Anfrage zur Sprache, daß bei Kriegsausbruch die in der Schweiz beschäftigten deutschen Wehrmänner das Land unter Zurücklassung ihrer Habe verlassen haben und jetzt durch das

von der Schweiz erlassenen Einreiseverbot

am Abholen ihrer Habseligkeiten verhindert werden.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die schweizerische Regierung in dieser Beziehung Entgegenkommen zugesagt hat.

Abg. von **Graefe** (Dn.) greift auf die gemeinsame Erklärung der Herren Dr. Michaelis, von Hindenburg, Ludendorff und Dr. Helfferich, betreffend die politischen, in der Nationalversammlung am 25. Juli und folgenden Tagen behandelten Vorgänge zurück und fragt, ob die Regierung

bereit ist, das Aktenmaterial zur Kenntnis der Nationalversammlung

zu bringen, welches dieser von der amtlichen Betätigung des früheren Staatssekretärs, Dr. von Kühlmann, Kenntnis gibt, da dies Material im Interesse der vollständigen Aufklärung dieser Vorgänge erforderlich sei.

Ein Regierungsvertreter beantwortet die Anfrage dahin, daß das Material zusammengestellt und demnächst der Oeffentlichkeit zugeführt werden wird. In wie weit letzteres der Fall sein könne, unterliege zurzeit der Prüfung, da nach internationalem Brauch die Veröffentlichung nicht ohne Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vpt.) sieht in dem Weiterbestand der Außenhandelsstellen eine unerträgliche Erschwerung für den freien Handel und die interessierten Industriekreise und fragt an, ob und wann die Regierung diese Stellen aufheben will.

Geheimrit Dr. **Bachem**: Das Reichswirtschafts-Ministerium beabsichtigt diese Stellen nur soweit bestehen zu lassen, als es notwendig erscheint, um wirtschaftliche Störungen zu vermeiden.

Abg. Dr. **Semmler** (Dn.) rügt den Eingriff in die Pressefreiheit, der durch das innerhalb ganz kurzer Zeit zweimal auf je drei Tage erfolgte Verbot der „Schles. Tagespost" in Breslau begangen worden ist.

Regierungsvertreter Oberstleutnant von dem **Bergh**: Der Sachverhalt wird restlos aufgeklärt werden. Die Zeitung erscheint inzwischen wieder. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Mittelmann** wiederholt seine Anfrage vom 11. Juli betreffend den Vorgang in Berlin in der Nacht vom 9. zum 10. Juli, wo französische Soldaten auf offener Straße die Menge durch **verächtliche Gelächter und Verhöhnungen** gereizt hätten usw. und fragt sodann: 1. Was ist in diesem Fall unter Schutzhaft der eigenen Sicherheit zu verstehen?; 2. Beabsichtigt die Regierung die Bestrafung für diese frechen Beschimpfungen des deutschen Volkes selbst zu übernehmen? 3. Welche Vorsichtsmaßregeln beabsichtigt die Regierung zu treffen, um eine Wiederholung derartiger Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern.

Geheimrat **Freiherr von Welser**: Die französischen Soldaten sind nicht in Schutzhaft genommen worden, sondern sie sind von der Polizei vor der erregten Menge geschützt zur Polizeiwache geführt, dort über ihre Personalien vernommen und dann durch Kameraden zur französischen Botschaft gebracht worden. Die zu den Botschaften gehörigen Personen gelten als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung kann leider nicht Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr solcher unliebsamer Vorgänge zu vermeiden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über

Enteignungen und Entschädigungen

aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den a. und a. Mächten in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Außenminister Müller:

Die erste Vorlage will der Reichsregierung die Rechtsgrundlagen zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dadurch ermächtigt, soweit nicht eine freiwillige Abgabe erfolgt, Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages an die a. und a. Mächte abzuliefern sind, für das Reich zu enteignen. Zu dem Zwecke wird ein Enteignungsverfahren eingeführt. Die Enteignung soll der Reichsverfassung entsprechend gegen angemessene Entschädigung erfolgen. Der Inhalt des zweiten Entwurfs ergibt sich aus der Ueberschrift und den an seine Spitze gestellten einzelnen Abschnitten (Geldveröffentlichungen, Leistungen, Schutzrechte usw.). In Abschnitt 9 wird vorgesehen, daß die Regierung während der Vertagung der Nationalversammlung berechtigt sein soll, weitere gesetzgeberische Maßnahmen, die dringlich sind, anzuordnen. Beide Gesetzentwürfe bekunden das Bestreben, das deutsche Volk den Friedensvertrag loyal und gewissenhaft zur Ausführung zu bringen.

Damit schließt die Beratung. Beide Vorlagen werden an den Haushaltausschuß verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

Postgebühren

in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, Veränderung des Postscheckgesetzes und des Gesetzentwurfs betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Die §§ 1 bis 3 des Gesetzentwurfes über Postgebühren werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 4 (Zeitungsgebühren) beantragt

Abg. **Mumm** (Dn.) einen Zusatz, wonach für Zeitungen und Zeitschriften, die unter Kreuzband verschickt werden, die Befreiung von der Reichsabgabe, also das ermäßigte Drucksachenporto, bestehen bleiben soll.

Direktor im Reichspostamt **Ronge**: Die Befreiung der Zeitschriften von der Reichsabgabe hat in der Praxis zu solchen Unzuträglichkeiten geführt, daß die ganze Postbeamtenschaft geschlossen hinter der Forderung steht, mit dieser Gebührenfreiheit aufzuräumen. Die Einrichtung ist in weitem Umfange mißbraucht worden. Bei den Vorverhandlungen mit der Presse ist von keiner Seite die Beibehaltung der Gebührenbegünstigung für diese Zeitungen beansprucht worden.

§ 4 wird unter Ablehnung des Antrages Mumm unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, sowie eine vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung:

„1. bis zum 1. Januar 1920 die

Einführung des Ein-Kilo-Paketes

unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtshöchstgrenze für Drucksachen und Geschäftspapiere auf 500 Gramm vorzunehmen; 2. tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Porto- und Gebührenfreiheiten aufgehoben werden und das Portoablösungsverfahren beseitigt wird."

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, auch gleich noch die dritte Lesung des Gesetzentwurfes vorzunehmen. Das Gesetz wird nach kurzer Debatte in dritter Lesung unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf zur

Aenderung des Postscheckgesetzes

wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Es folgt das Gesetz über

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Bericht erstattet

Abg. Frau **Schröder** (Soz.): Es muß alles zur Gesundung unseres Volkes getan werden, und dazu dient das Gesetz.

Abg. Frau **Weber** (Ztr.): Das Gesetz bedeutet ein Stück Gerechtigkeit und Liebe für unser Volk.

Abg. Frau **Kloß** (Dem.): Jede Partei wird hier gern mitarbeiten. Ein gesundes Volk, das tüchtige Arbeit leistet, brauchen wir.

Abg. Frau **von Gierke** (Dn.): Den Grundgedanken des Entwurfes erkennen wir an.

Abg. Frau **Zietz** (U. S.): Wir wünschen eine umfassende Mutterschaftsfürsorge. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein unvollkommenes Machwerk.

Abg. Frau **Mende** (D. Vpt.): Wir möchten alle mehr geben, aber wir können es nicht.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.): Mit den sachlichen Forderungen von Frau Zietz stimmen wir grundsätzlich überein.

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz wird mit geringfügigen Aenderungen in zweiter und dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf schlägt der Präsident vor, die Sitzung abzubrechen.

Zu einer Erklärung nimmt das Wort

Reichskanzler Bauer:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über friedlich-schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien Agitatoren einen

gewaltsamen bewaffneten Aufstand

herbeizuführen versucht. Es sind die verschiedensten beunruhigendsten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß diese Nachrichten wesentlich übertrieben sind, und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß

das Generalkommando Herr der Lage

ist. Wo polnische Bewaffnete eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet östlich der Linie Beuthen-Tarnowitz halten sich noch polnische Bewaffnete auf, die noch nicht gefaßt worden sind. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldung des Generalkommandos trifft auch die Meldung von der Besetzung von Myslowitz nicht zu. Die Befürchtungen, die gehegt wurden, sind also nicht berechtigt. Wir sind

militärisch stark genug, um dieser Putsche Herr zu werden.

Es gibt eben nationalpolnische Kreise in Oberschlesien, die fürchten, daß die Volksabstimmung zu ihren Ungunsten ausfällt, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bestrebungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirklich

ungehinderte und unparteiische Entscheidung

seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die Oberschlesier vor solchen nationalpolnischen Angriffen zu schützen, und es gereicht uns zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Dingen fernsteht, und daß polnische Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen wesentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Um 4 Uhr 20 Min. wird die Sitzung vom Präsidenten Fehrenbach wieder eröffnet.

Am Regierungstische: Dr. **David**, Dr. **Bell**.

Auf Vorschlag des Aeltestenausschusses beschließt das Haus, den aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschuß für Kalibewirtschaftung auch als Ausschuß für die Kohlenwirtschaft fungieren zu lassen.

Es folgt die dritte Beratung des

Tabaksteuergesetzes.

In der Einzelberatung bemerkt zu § 1

Abg. **Arnstadt** (Dn.): Meine politischen Freunde haben schwere Bedenken gegen wesentliche Bestimmungen des Entwurfes. Ein wesentlicher Teil meiner Freunde kann sich nicht entschließen, dem Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, zuzustimmen.

§ 1 wird angenommen, ebenso, mit einer Reihe unerheblicher Abänderungsanträge, der Rest des Gesetzes, und schließlich in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz, gegen die Stimmen eines Teiles der Deutschnationalen und der Unabhängigen.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl im 7. Wahlkreise und Nachberufungen im 26. und 35. Wahlkreise werden dem Ausschußantrage entsprechend für gültig erklärt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der

Gummibewirtschaftung.

Dem Vorschlage des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, „den Abbau der Zwangswirtschaft für Gummi alsbald in die Wege zu leiten, die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikaten der Gummiindustrie, sowie die Ausfuhr von Gummifabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben", tritt das Haus ohne Erörterung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Beratung der Frage der

Lederbewirtschaftung.

Der Ausschuß legt eine längere Entschließung vor, die im wesentlichen bestimmt: Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuh- und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die Ausfuhr von Leder, Schuh- und Lederwaren; die Zwangsbewirtschaftung für Leder, Schuh- und sonstige Lederwaren ist aufzuheben. Das Haus tritt ohne Erörterung dieser Entschließung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Verordnung betreffend die

Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh.

Das Haus stimmt auf Vorschlag des Ausschusses der Verordnung vom 3. Juli 1919 über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh zu, ebenso der Entschließung, die Reichsregierung zu ersuchen, die Ausmahlung des Brotgetreides sofort auf 81 Prozent herabzusetzen.

Die von der Reichsregierung auf Grund des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft erlassenen Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 18. Juli 1919 werden ohne Erörterung genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs der Reichsabgabenordnung, das heißt desjenigen Teiles, der sich mit der Erhebung der Steuern befaßt und eine

neue Organisation der Steuerbehörden

schafft. (Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung.) Berichterstatter ist

Abg. **Burlage** (Ztr.): Ich stelle fest, daß auch im Ausschuß die Auffassung, daß die Erhebung der Steuern von den Landesbehörden vorzunehmen sei, vertreten wurde. Der Ausschuß hat aber mit großer Mehrheit anders entschieden.

Abg. Dr. **Braun-Franken** (Soz.): In der vorliegenden Frage wurden partikulare Interessen gegen die in der Nationalversammlung herrschende Auffassung ausgespielt. Bei diesem Streit wird aber das Reich obsiegen. Letzteres darf gar nicht daran, die Länder oder Gemeinden verkümmern zu lassen. Die Landesregierungen sollen der Nationalversammlung Vertrauen entgegenbringen.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Durch die Reichsabgabenordnung wird die Reichsverfassung nicht geändert, sondern einfach ihr Artikel 14 ausgeführt. Der Standpunkt, daß die Einzelstaaten leichter das geeignete Beamtenmaterial finden würden, ist überwunden. Wie beim Generalstabsprinzip, das sich als das richtigste bewährt hat, würden auch für die Steuerverwaltung

die besten Kräfte aus ganz Deutschland

heraus- und zusammengeholt werden. Gewiß wird mit der Vorlage ein großer Schritt zum Einheitsstaat getan, aber nicht aus politischen, sondern aus tatsächlichen Gründen. Die ungeheure Verschiebung der steuerlichen Verhältnisse in Deutschland zwischen Reich und Einzelstaaten ist ein durchschlagender sachlicher Grund für die Reorganisation. Durch diese neue Reichsorganisation kann in den Einzelstaaten gar nichts in Unordnung kommen. Der größte Teil der Einzelstaaten geht mit der Reichsverwaltung völlig einig. Mit Preußen werden die Verhandlungen alsbald nach Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin aufgenommen werden. Die vier süddeutschen Staaten und Sachsen werden

schon in nächster Zeit die Landesfinanzämtereinrichten.

Auch die Personen sind schon designiert. Bei den Verhandlungen haben unsere Wünsche durchweg das größte Entgegenkommen gefunden. Gerade die Schilderungen der thüringischen Kleinstaaten sind ein mächtiger Anstoß zum Abschluß der neuen Organisation gewesen. Die Gliedstaaten sind nicht umgefallen, sondern sie haben mit drei Ausnahmen sich nach sehr eingehender und gewissenhafter Prüfung auf unseren Standpunkt gestellt. Die ganze deutsche Industrie hat keinen sehnlicheren Wunsch, als

eine reichseigene Steuerverwaltung.

§ 451 habe ich nicht preisgegeben, und es brauchte der preußische Finanzminister nicht herbeitelegraphiert zu werden. Er wäre ohnehin zu einer Konferenz hierher gekommen. Er hat auch nicht im Ausschuß gegen mich polemisiert. Einen Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer habe ich nie angegeben, weil er noch gar nicht feststeht. Das Reich hat nicht bloß für sich allein zu sorgen, sondern es muß sich auch um die Finanzen der Länder und Gemeinden bekümmern. Gerade weil die Organisation vorweggenommen werden mußte, hat § 451 in dem Gesetz eine Stelle gefunden. Ein Landesbesteuerungsgesetz wird den Anteil der Länder und Gemeinden an den reichseigenen Steuern regeln. Es wird bestimmen, welche Steuern den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Es wird weiter den Lastenausgleich und schließlich die Beschaffung von Ausgleichsfonds enthalten müssen. Mit diesem Landesbesteuerungsgesetz wird alles erfüllt werden, was in § 451 enthalten ist. Bis dahin nehmen Sie den Paragraphen an. Er hindert nicht, bietet aber den Ländern eine Garantie. Nachdem die Einzelstaaten so große Opfer gebracht haben, soll auch die Nationalversammlung ein Opfer bringen.

Abg. Dr. **Blunck** (Dem.): Meine politischen Freunde stellen sich vorbehaltlos auf den Boden der Vorlage, durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190820-12/fragment/page=0005

die in viel entscheidenderer Weise als durch irgendein anderes Gesetz der Grundstein zu einem Gebäude gelegt wird für

ein einiges und einheitliches Deutsches Reich.

Wir beantragen:

1. daß die Bildung der großen Landesfinanzbezirke durch Reichsgesetz erfolgen soll, wobei natürlich die bisherigen Landesgrenzen möglichst zu berücksichtigen sein würden;

2. halten wird es für unbedingt notwendig, gesetzlich festzulegen, daß an die Spitze dieser Landesfinanzämter nicht Beamte der allgemeinen politischen Verwaltung gestellt werden dürfen.

Preußischer Geheimrat Schwarz: Namens der preußischen Regierung bitte ich Sie, den Antrag auf Streichung des § 46 abzulehnen und im Gegenteil dem Antrag Herold entsprechend die Bestimmung wiederherzustellen, wonach eine Aenderung des § 46 nur auf dem Wege der Verfassung vorgenommen werden kann. Die preußische Finanzverwaltung befürchtet im Einklang mit der preußischen Landesversammlung von der Einführung einer Reichseinkommensteuer für die gedeihliche Fortentwicklung der preußischen Staatsfinanzen

unerträgliche und verhängnisvolle Folgen,

wenn Preußen nicht durch die Vorschrift des § 46 und insbesondere durch eine verfassungsmäßige Behandlung derselben die Sicherheit erhielte, sein eigenes Leben aufrechtzuerhalten und seine kulturellen Aufgaben weiter erfüllen zu können. Preußen würde, falls die Nationalversammlung sich den hier vorgetragenen Erwägungen verschließen sollte, sich vorbehalten müssen, auf Grund der Bestimmung des Artikels 74 der Verfassung Einspruch im Reichsrat zu erheben. (Hört, hört!) Und wir haben Grund zu der Annahme, daß es dabei

die Mehrheit des Reichsrates auf seiner Seite

haben würde. (Hört, hört!) Die unmittelbare Folge eines solchen Einspruches wäre die Unmöglichkeit, den Plan des Reichsfinanzministers auf Uebernahme der direkten Steuergesetzgebung auf das Reich bis zum 1. Oktober durchzuführen. Die preußische Regierung würde nur mit äußerstem Widerstreben von dem Mittel des Einspruchs im Reichsrat Gebrauch machen, würde sich aber im Falle der Ablehnung des Antrages Herold außerstande sehen, anders zu verfahren. (Hört, hört!)

Abg. Dr. **Wirth** (Ztr.): Im Gegensatz zu der eben gehörten Erklärung Preußens bringen wir dem Gesetz kein Mißtrauen entgegen. In Süddeutschland wird man für die Reichssteuergesetze kein Verständnis haben, wenn sie auf Grund der ausgezeichneten Veranlagung des Südens größere Opfer zu bringen hätten als der Norden. Wir würdigen deshalb das Vorgehen Erzbergers, selbst wenn wir mit Schmerz von unserer Selbständigkeit Abschied nehmen müssen. Nicht mit Freude begrüßen wir das Gesetz, aber wir bringen das Opfer, um die Rettung des Reiches zu ermöglichen.

Abg. Dr. **v. Delbrück** (Dn.): Wenn das Reich die Bundesstaaten auf einen Anteil an den Steuern verweist, muß dieser auch feststehen, damit die Einzelstaaten einen Etat aufstellen und ihren kulturpolitischen Aufgaben gerecht werden können. Die Annahme des Gesetzes ist nur möglich, wenn zu dem § 451 bezw. 46, der auch eine Verfassungsänderung bedeutet, der Antrag Herold angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Wurm** (U. S.): Das Gesetz muß jetzt verabschiedet werden. Die Behördenorganisation muß ab 1. Oktober ins Leben treten können. Wir werden das Gesetz mit dem uns von Preußen aufgezwungenen Diktatfrieden verabschieden und deshalb für den Antrag Herold stimmen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der

Spezialdiskussion

wurde der Antrag Blunck auf Errichtung der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz abgelehnt, nachdem sich auch Reichsfinanzminister Erzberger dagegen erklärt hatte. In § 5, der u. a. bestimmt, daß der Präsident und die Leiter der Abteilungen des Landesfinanzamtes im Einvernehmen mit der Obersten Landesfinanzbehörde ernannt werden sollen, wird das Wort „Einvernehmen" nach dem Antrage Blunck in „Benehmen" abgeändert. Auch im § 17 wird das Wort „Einvernehmen" in „Benehmen" abgeändert.

Zu § 46 liegt außer dem Antrage Blunck auf Streichung des ganzen Paragraphen der Antrag Herold vor, den vom Ausschuß gestrichenen Schlußsatz der Vorlage wiederherzustellen und demgemäß als vierten Absatz hinzuzufügen: Eine Aenderung dieser Vorschriften kann nur unter den Voraussetzungen erfolgen, die nach der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen erforderlich sind.

Abg. **Herold** (Ztr.) macht nochmals auf

die weittragenden Konsequenzen

aufmerksam, die die Annahme des § 46 für das Reich haben würde. Es wäre von der Nationalversammlung unverantwortlich, die Ausschußanträge anzunehmen

Abg. **Keil** (Soz.): Nach unserer Auffassung gehört § 46 überhaupt nicht in das Gesetz. Angesichts der Hartnäckigkeit der Regierung und angesichts der Gefahr, daß das ganze bedeutsame Reformwerk scheitern könnte, sind wir bereit, nach dem Antrag Herold diese Bestimmung aufzunehmen. Im Herbst werden die sachlichen Gründe so überzeugend sein, daß alle Verfassungsklauseln und der Eigensinn dadurch gebrochen werde.

Nach der Abstimmung gelangt der Antrag Herold und mit diesem § 46 zur Annahme. Das Haus nimmt darauf auch sofort

die dritte Lesung der Vorlage

vor. In der allgemeinen Besprechung wird das Wort nicht gewünscht.

In der Einzelberatung erklärt Abg. **Leicht** (Bayr. Volkspartei): Wir erblicken vollends in der Zentralisierung die Zerbrechlichkeit des Rückgrates der Bestandsfähigkeit der Länder und der Gemeinden, eine finanzielle Entmündigung und unerträgliche Bevormundung ihres kulturellen und wirtschaftlichen Eigenlebens, und wir werden deshalb gegen den Antrag stimmen.

Ohne weitere Erörterung wird hierauf das Gesetz in der Einzelberatung und schließlich im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr (2. Beratung des Erbschaftssteuergesetzes, des Anleihekredites für 1919, des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, des Gesetzes über Enteignung und Entschädigung aus Anlaß des Friedensvertrages, Wahl eines Untersuchungsausschusses von 28 Mitgliedern, Beratung der Entschließung der Abgg. Löbe, Gröbers und Gen. betreffend Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen, Beratung des Antrages Löbe, Gröbers und Gen. auf Zahlung von 300 000 Mk. an das Deutsche Nationaltheater in Weimar, erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Betriebsräte

Halle und Saalkreis.

Halle, 20. August 1919.

Zur Gründung eines Arbeiterjugendvereins.

Einem schon lange vorhandenen Bedürfnis der hiesigen Genossen und Genossinnen folgend, findet am Freitag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14 die Gründungsversammlung eines Ortsvereins der Arbeiterjugendvereine für Halle statt. Auf die Wichtigkeit dieser Gründung brauchen wir die Parteigenossen wohl nicht weiter hinzuweisen, denn schon längst ist es sehr schmerzlich empfunden worden, daß dem hiesigen Parteiverein die natürliche Quelle, der Nachschub aus der Jugendbewegung fehlte. Nachdem nun wie überall im Bezirk, so auch hier in Halle unsere Parteibewegung in eine fortwährende Aufwärtsbewegung geraten ist, ist der Zeitpunkt gekommen, ein Sprößlein unter den starken Baum zu pflanzen, in dessen sichern Schutz die Bewegung bald ausreifen und ihre Früchte tragen wird. Ueber Zweck und Ziel des Arbeiterjugendvereins hat die Ortsleitung folgende Richtlinien aufgestellt:

„Der Verein will seine Mitglieder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zur politischen Selbständigkeit erziehen und ihre wirtschaftlichen Forderungen wahrnehmen.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch Besprechung aller Fragen des Lebens- und Interessenkreises der Mitgliedschaft in Form von Lese- und Diskutierabenden, wissenschaftlichen Vorträgen, Besuch von Museen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen; gleichberechtigtes solidarisches Zusammenleben aller Mitglieder auf allen Veranstaltungen und Zusammenkünften, Pflege edler Freundschaft und Geselligkeit; Beschaffung und Ausleihung guter Bücher; Pflege des Körpers durch Turnen, Spielen und Leibesübungen, Erweckung reiner Lebensfreude in Gesundheit, Kunst, Musik, Gesang und Wandern."

Diese aufgestellten Satzungen zeigen, daß die Reihen der Jugendlichen an Körper und Geist gestählt werden sollen. Eine Vorschule wollen wir errichten für den späteren Kampf ums Dasein, einen reinen, lauteren Geist wollen wir unserer Jugend wieder einimpfen, die zersetzenden sittlichen und moralverderblichen Folgen des Völkermordens und des Bruderhasses überwinden. Parteigenossen und Genossinnen helft alle, denn mit vereinter Kraft müssen wir diese Kulturaufgabe lösen. Deshalb heraus aus den Mauern enger Stuben mit euren Söhnen und Töchtern, schickt sie alle zu uns. Im trauten Verkehr und geselligen Vereine soll unsere Jugend gesunden und erstarken. Wir brauchen Kämpfer und Kämpferinnen auch für spätere Tage. Alle Zuschriften gehen an den Genossen Wagner, Harz 42—44, Zimmer 12.

Die Sozialdemokratie und die Kriegsgefangenen.

Eins der unsauberisten Manöver der rechtsstehenden Parteien ist es, die Kriegsgefangenennot für sich auszunützen. Heftige, nicht im geringsten bewiesene gemeine Vorwürfe gegen die Regierung und die Regierungsparteien werden dabei erhoben. Genosse Stücklen sprach am Sonntag in Berlin in einer von der S. P. D. veranstalteten überfüllten Protestversammlung über die Kriegsgefangenenfrage. Er wies vorerst die Angriffe gegen die Regierung zurück und hob hervor, daß lediglich Frankreich für die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen verantwortlich zu machen sei. Die Engländer waren bereits vor längerer Zeit bereit, die Gefangenen zu entlassen, mußten diese Absicht aber infolge des Widerspruchs der Franzosen aufgeben. Die Nachrichten über die Lage der Gefangenen in Frankreich lauten ziemlich schlecht. Die Sozialdemokratische Partei beabsichtigt in den nächsten Tagen durch die Einberufung von mehreren hundert Volksversammlungen in allen Teilen des Reiches eine gewaltige Volkserhebung hervorzurufen, um so den französischen Genossen ihrer Regierung gegenüber den Rücken zu steifen. Die Regierung hofft, daß das französische Parlament spätestens Anfang September den Friedensvertrag ratifizieren werde, so daß dann mit der Heimsendung der Gefangenen gerechnet werden kann. Weiter führte Stücklen aus, daß unsere Arbeit dahin gehen müsse, unsere gefangenen Brüder so schnell wie möglich wieder in die Heimat zu führen. Mit Ausnahme der russischen Gefangenen, die durch den Befehl der Entente in Deutschland festgehalten werden, waren keine Kriegsgefangenen mehr in Deutschland, und auch diese sollen in nächster Zeit auf dem Seewege abtransportiert werden. Die Regierung hat die Erlaubnis nachgesucht, auf dem Rückwege deutsche Gefangene aus Rußland mitzunehmen. Bisher ist auf derartige Anfragen entweder keine Antwort oder ein glattes „Nein" erfolgt. Nach dem Waffenstillstand haben die Gegner sogar das Berner Abkommen für nichtig erklärt, so daß nicht einmal Schwerverwundete und Kranke freigegeben wurden. Deutschland habe keine Macht, das zu ändern, weil es machtlos geworden sei durch die Schuld der Leute, die jetzt ihr gutes Herz für die Kriegsgefangenen entdeckten, die uns aber in das Unglück gestürzt haben. Wenn gesagt wird, wir tun nichts für die Herausgabe der Gefangenen, so ist das eine Lüge. Wenn nicht einmal England das erreicht, wie soll es dann Deutschland möglich sein. Der Aufbau der zerstörten Gegenden darf nicht mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen verbunden werden. Wir Sozialdemokraten wollen aber trotz alledem das Möglichste tun, um unsere gefangenen Brüder so schnell als möglich heimzubekommen und in diesem Sinne werden wir auch jederzeit arbeiten.

Zur Tabakverteilung.

Der Magistrat schreibt uns: Die jetzige Tabakverteilung befriedigt einen Teil der Raucher nicht. Gewiß erfüllt sie nicht alle Wünsche. Aber, wie so oft, mußte sich auch hier das Ideal den praktischen Forderungen anpassen. So entschied sich denn die Ernährungs-Deputation, ebenso, wie sie einstimmig den Kreis der Verkäufer bestimmte, auch einstimmig für die Verteilung der Bezugskarten nach Haushalten, richtiger, nach Lebensmittelscheinen. Die Raucher wenden ein, dies sei ungerecht, weil es in einem Haushalt mehrere, im anderen nur einen, im dritten überhaupt keinen Raucher gebe. Aber sollte etwa der Magistrat in jedem der über 50 000 Haushalte die Raucher feststellen? Erkennungsmerkmale für Raucher gibt es bisher nicht. Man wäre auf die Angaben der Haushalte angewiesen gewesen. Aber, selbst deren Richtigkeit vorausgesetzt — und wer würde sie im Ernst erwarten? —, welches ungeheure Maß von Ermittlungsarbeit für eine schnell vorübergehende, verhältnismäßig geringfügige Verteilung! Die Elle wäre wahrlich länger geworden, als der Kram! Es bliebe die Zuteilung nach Köpfen. Wäre sie gerechter gewesen? Sicher eher das Gegenteil! Denn man hätte weniger die Raucher, als die Kinder bedacht: oder „starken Familienvätern" Tabakprämien ausgesetzt, die sie in den meisten Fällen kaum in Anspruch genommen hätten, aus naheliegenden Gründen.

Man sieht, es wäre gar nicht so unüberlebt, und so ungerecht, wenn man den einfachsten Weg wählte und auf jeden Lebensmittelschein eine Karte gab, im übrigen den Ausgleich zwischen rauchenden und nichtrauchenden Haushalten dem „freien Spiel der Kräfte" überließ. Eine Härte indessen kann und soll ausgeglichen werden: Für Untermieter, Arbeitsgehilfen u. dergl. mehr, die keinen eigenen Lebensmittelschein besitzen, ebenso für Haushaltungen, die mit einem anderen Haushalt vereinigt und in dessen Lebensmittelschein mit eingetragen sind, sollen Zusatzkarten ausgegeben werden. Die Bekanntmachung hierüber erscheint in den nächsten Tagen, bis dahin wolle man sich gedulden und auf Zuschriften und Besuche im Ernährungsamt gütigst verzichten. Die Zigarrenraucher mögen ihre Hoffnungen ohnehin nicht allzu hoch spannen. Die Zahl der Zigarren, die auf den einzelnen Haushalt kommen, wird recht klein sein. Wer Zigaretten raucht, wird besser fahren. Die Preise werden sich bei den Zigarren zwischen 30 und 50 Pfg. bewegen, Zigaretten kosten einheitlich 12 Pfg. Da der Zigarettenpreis vom Reichsverwertungsamt einheitlich festgestellt ist, konnte auf Preisaufdrucke auf den Zigaretten in diesem Falle keine Rücksicht genommen werden.

Der Verkauf darf erst beginnen, wenn der Magistrat es bekannt gibt. Die Rationierungsvorschriften sind genau einzuhalten. Nur dann ist eine genaue Kontrolle möglich, nur dann können Schiebungen verhindert werden.

* **Aus dem Magistrat.** Der Vorsitzende der Armen-Direktion, Kriegsunterstützungs-Kommission und städtischen Kriegshinterbliebenenfürsorge, Herr Stadtrat Dr. Tepelmann, ist vom 14. d. M. bis 10. September beurlaubt. Unterstützungsgesuche und sonstige Schreiben sind deshalb nicht an seine persönliche Adresse, sondern an die Armen-Direktion, die Kriegsunterstützungs-Kommission oder städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge zu richten. Es sei bei dieser Gelegenheit wiederholt in Erinnerung gebracht, daß Schreiben in städtischen Angelegenheiten stets nur an den Magistrat oder die betreffende Dienststelle, nicht an die einzelnen Magistratsmitglieder zu richten sind. Anderenfalls treten nur Verzögerungen ein, da persönlich adressierte Briefe auch nur persönlich von dem Dezernenten geöffnet werden dürfen.

Wohnungsscheine müssen sich in dieser Woche die Einwohner von Halle, die noch keinen solchen besitzen und deren Familienname mit den Buchstaben A—E beginnen, in den zuständigen Reviermeldestellen ausstellen lassen.

* **Erweiterung des Telegrammverkehrs.** Der allgemeine Telegrammverkehr mit Frankreich ist wieder eröffnet. Zugelassen sind vorläufig nur Handelstelegramme in offener deutscher englischer, französischer, italienischer und japanischer Sprache. Die Wortgebühr beträgt für Frankreich 25 Pfg., für Algier und Tunis 45 Pfg. — Telegramme nach Island sind zugelassen. Die Gebühr für das Wort beträgt bei gewöhnlichen Telegrammen 1 M. 15 Pfg. — Die von Dänemark und Schweden während des Krieges für ihre Gebiete angeordneten Beschränkungen im funktelegraphischen Verkehr sind aufgehoben worden.

* **Der allgemeine Eisenbahnerverband** e. V. hat für den Direktionsbezirk Halle ein Bezirkssekretariat errichtet, zu dessen Leiter Herr Walter Pietz berufen wurde. Das Sekretariat befindet sich Schwetschkestr. 9 I.

Wieder der Sprengkapsel-Unfug. Gestern abend wurde in der Torstraße eine Sprengkapsel auf die Schienen der Straßenbahn gelegt, die beim Ueberfahren durch einen Straßenbahnwagen zur Explosion gebracht wurde. Der Täter ist nicht ermittelt.

Der Leitungsdraht gerissen. In der Leipziger Straße riß der Leitungsdraht der Straßenbahn. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Betrieb wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Wem gehören die Kalbfelle? Bei einem hier wegen schweren Diebstahls festgenommenen Mann sind außer anderen Sachen 2 schwarzgegerbte Kalbfelle mit rundem Stempel, in dem sich die Buchstaben S. M. und darunter die Zahl [illegible] befinden, beschlagnahmt worden. Vermutlich rühren die Felle von einem Diebstahl her, möglicherweise in Weißenfels, wo der Dieb gewohnt hat. Geschädigte können sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, melden.

* **Im Apollotheater** brachte gestern die Operettengastspielgesellschaft des Kölner Metropoltheaters bei fast ausverkauftem Hause in neuer Einstudierung die alte beliebte melodienreiche Operette „Die Förster-Christel" zur Aufführung. Lobenswert anzuerkennen ist, daß uns diese Gesellschaft Werke älterer Zeit zur Aufführung bringt. Gerade die Förster-Christel, mit ihrer schönen frischen Musik ist wohl eine derjenigen Operetten, welche wir immer und gern hören. An diesem Musikwerk hat der Komponist Georg Jarno fleißig gearbeitet und voll und ganz seine Aufgabe erfüllt, auch textlich ist sie nicht übel. Karl Waterstradt, der für die Spielleitung zeichnete, hat sich große Mühe gegeben, das zu schaffen, was für diese Bühne möglich ist. Im großen ganzen wurde Gutes geleistet. Besonders hervorgehoben zu werden verdient Hertha Janowitz in der Titelrolle, sie leistete im Spiel Großes und bot gesanglich immer gute Momente. Ihr Partner Joseph Wallbrück als Gutsverwalter Franz Földessy paßte sich sehr gut an, war jedoch schlecht disponiert und gesanglich nicht auf der Höhe. Walter Scholz als Peter Walperl, Karl Waterstradt als Kaiser Joseph II. und Lotte Müller als Zigeunerin waren am rechten Platze. Die Darsteller in den kleineren Rollen müssen sich mit einem Gesamtlob begnügen. Der Chor war nicht immer auf der Höhe und könnte stärker vertreten sein. Noch zu erwähnen ist die schöne Balletteinlage, welche Hertha Janowitz gut einstudiert hatte. Kapellmeister J. Beer leitete die Musik gewandt und sicher. Der reiche Beifall und die zahlreichen Blumenspenden bewiesen, daß diese Operette beim Publikum guten Anklang gefunden hat. Hoffentlich wird dem Apollotheater mit dieser Operette noch manches ausverkaufte Haus beschieden. B.

Beths Bunte Bühne bietet auch mit dem diesmaligen Varieté-Programm wieder etwas ungezwungenes humorvolles Kunterbunt. Wolf Linden und Max Frey machen ausgiebigsten Gebrauch von ihrer Unterhaltungskunst. Ihren urkomischen Vorträgen folgen erfrischend, originelle Lieder der Operettensängerinnen Gertrud Bork und Elsita Gloger. Hervorragendes leistete A. Goedecke-Greiffenberger mit seinem humoristischen musikalischen Akt. So hat die Direktion für gute Kräfte gesorgt und wer sich des Abends ein paar Stunden amüsieren will, gehe zu Beths Bunte Bühne.

Bad Wittekind. Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende Extra-Konzert vom Seifert-Orchester wird nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

Zoologischer Garten. Morgen Donnerstag, finden nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr Konzerte von der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36, unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt, statt. Die Vortragsfolgen enthalten Werke von Smetana, Spohr, Schubert, Moszkowski, Reinhardt, Leve, Jessel, Blon, Mendelssohn, Beethoven, Haydn, Leoncavallo, Köhler, Bach, Lincke, Riede und Flynn. — Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

Parteinachrichten.

Eine Reichskonferenz zur Einigung der Sozialdemokratie fand am 10. und 11. August in Berlin statt. Der von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie einberufene Sozialistentag hatte eine paritätische Kommission von 14 Mitgliedern beider Parteien gewählt mit dem Auftrag: die aus den Anträgen des Sozialistentages hervorgetretenen Gedanken und alle drei sozialistischen Parteien beschäftigenden Probleme auszuarbeiten zu Richtlinien, welche die Wiedervereinigung herbeiführen — oder doch vorbereiten sollen.

Nach einer lebhaften Aussprache wählte die Konferenz eine Kommission von fünf Genossen, welche sofort die politische wirtschaftliche Aufklärungsarbeit zu organisieren beginnt, fernab von jeder parteipolitischen Verhetzung.

Für die Art und Weise der Einigungspropaganda verdichteten sich mehrere dieses Thema behandelnden Anträge zu folgendem einstimmig gefaßten Beschluß:

Bis zur Regelung der Einigungsbewegung durch ein zu vereinbarendes Programm, ist in der Agitation für die Einigung alles zu vermeiden, was bestehende sozialistische Organisationen schädigt oder spaltet.

Die herrschenden Gegensätze sind möglichst zu überbrücken, theoretische Propaganda im Sinne einer Organisation und das Eintreten für die Rätediktatur ist zu unterlassen.

In der Rätefrage selbst stellte die Konferenz Richtlinien auf, die eine Zusammenfassung der Produktivkräfte aller Volksschichten in ähnlichem Sinne vorsehen, wie sie Genosse Kaliski seinerzeit vertrat. Neben der Volkskammer des allgemeinen Wahlrechts wird die Kammer der Arbeit befürwortet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190820-12/fragment/page=0006